



Demokratie
stärken

Fortschritt
erkämpfen

Vertrauen
gewinnen



Beschlussbuch

zum ordentlichen SPD-Landesparteitag
12.-13.01.2018 in Wernigerode

Inhalt

Demokratie stärken. Fortschritt erkämpfen. Vertrauen gewinnen.....	3
Inklusion ist Menschenrecht und nicht verhandelbar! Zentrale Bestandteile der UN-Behindertenrechtskonvention endlich konsequent verwirklichen!	11
Moderne Familienbilder und Vielfalt.....	16
Für eine sozial gerechte Arbeitswelt.....	19
Hohe Freihandelsstandards auch für Europäische Partnerschaftsabkommen einhalten	25
Gleichbehandlung von Leiharbeiter*innen.....	28
Zeit ist Geld, auch für Neueinsteiger*innen	29
Kein Braunkohleausstieg ohne langfristige Absicherung relevanter Planungen	30
Verbesserung der Lehrerversorgung im Land - Bildungsminister Tullner muss seine Hausaufgaben machen.....	31
Altersgrenzen für den Schulbesuch von Geflüchteten neu denken	32
Lernen in einer digitalen Welt.....	33
Die Schulmediation als Mittel zur Gewalt- und Kriminalpräventionen an allen Schulen in Sachsen-Anhalt zur Pflicht zu machen.....	34
Abschaffung des Hausberufungsverbots.....	35
Grundkenntnisse der Kinder- und Jugendhilfe in der Lehrer*innenausbildung besser verankern	36
Graduiertenförderung – keine zwei Klassen Stipendien	37
Zur Novellierung des Landeshochschulgesetz: Institutionelle Barrieren an Hochschulen und Universitäten abbauen	38
Programm zur Förderung der Geschlechterforschung in Sachsen-Anhalt	39
Förderung hormonfreier Verhütung!.....	40
Kinderrechte und Recht auf Bildung wahren	41
Bildungsurlaub für alle!.....	43
Für die SPD ist es - auch in der Rolle der stärksten Oppositionspartei im Bundestag – prioritäre Aufgabe, den Sozialstaat zu verteidigen und weiterhin solidarisch für mehr soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.....	44
Stimmrecht für Patientenvertreter*innen in den Ausschüssen der gemeinsamen Selbstverwaltung.....	46
Bedürftige Solo-Selbstständige durch Senkung der Pflichtbeiträge für die gesetzliche Krankenversicherung entlasten; Beiträge für Bezieher von ALG II müssen zur Kostendeckung aufgestockt werden.....	47
Bessere Kinderbetreuung zu Randzeiten ermöglichen	48
Patient*innenrechte stärken: Für die Einführung eines/einer Patient*innenbeauftragten in Sachsen-Anhalt	49
Rechtssicherheit für Tätowierer*innen, Piercer*innen und Verbraucher schaffen	50
Heilpraktiker*innenausbildung jetzt einheitlich regeln	51
Kostenübernahme von Verhütungsmitteln	52
Bundesteilhabegesetz novellieren – Ungerechtigkeiten beenden	53
Umsetzung von Inklusion im Rahmen der Evaluation des KIFöGs mit betrachten.....	54

Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!	55
Gewaltfreies Aufwachsen für Kinder: Aktionsplan für Sachsen-Anhalt	56
Moderne Adoption – auch ohne Trauschein.....	57
Geschlechterquotierte Landesliste.....	58
Bundesprogramm „Demokratie Leben“	59
Supergrundrecht auf Freiheit endlich effektiv schützen!	60
Einsatzkräfte sowie Kinder- und Jugendfeuerwehrwarte der Freiwilligen Feuerwehren angemessen entschädigen	61
TÜV-Pflicht für kommerzielle Spielplätze einführen	62
Reform des Mordparagraphen	65
Massentötung von männlichen Küken beenden	66
Tauben sind keine Schädlinge.....	67
Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit.....	68
Tierversuche beenden!	70
Bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine.....	71
Interkulturelle Öffnung des Bestattungswesens	72
Landeswahlrecht für EU-Bürger*innen öffnen	73
Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen.....	74
Das Grundrecht auf Familie ist nicht verhandelbar – Familiennachzug ermöglichen	75
Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich.....	76
Populisten entgegentreten – Solidarität statt Hetze	77
Diskriminierung aktiv bekämpfen: Unabhängiges Beschwerdemanagement gegen Diskriminierung einrichten	78
Sinnvolle Vergaberichtlinien im SPNV durch die NASA Sachsen-Anhalt.....	79
Luftsicherheit in staatliche Hände geben	81
Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland	82
Einführung von online-organisierten Themenforen	83
Ideenmanagement – gemeinsam innovativ	84
Wechsel des Landesverbands-Bankkontos.....	85
Benennung einer/eines Mitgliederbeauftragten auf Landesebene.....	86
Mitgliederentscheid Aufstellung Spitzenkandidat/in (MP-Kandidat/in)	87
Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD	88
Novellierung des KiFöG 2018: Mehr Qualität und Entlastung von Eltern und Fachkräften	90
Solidarität mit Miteinander e.V.	92
Große Koalition: nein Danke!.....	93

Leitanträge

1 Beschluss: L1

2

3

Demokratie stärken. Fortschritt erkämpfen. Vertrauen gewinnen.

4

5 Leitantrag zur landespolitischen Strategie der SPD Sachsen-Anhalt:

6 Zwischenbilanz und Perspektiven unserer Politik in Landtag und Landesregierung

7

8

Die SPD ist im Umbruch und die SPD Sachsen-Anhalt mittendrin

9

10 Die SPD ist im Umbruch. Wir stehen bundesweit vor der größten politischen Herausforderung in
11 unserer Nachkriegsgeschichte. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 ist keine gewöhnliche
12 Wahlniederlage. Es ist das unübersehbare Signal, dass wir nicht so weitermachen können, wie
13 wir es uns angewöhnt haben. Unsere Politik in der großen Koalition, unsere Arbeitsweise, unsere
14 Sprache im Umgang mit den Wählerinnen und Wählern – all das hat uns in eine Lage gebracht,
15 aus der heraus wir keine Mehrheitsfähigkeit erringen konnten.

16

17 Diese Probleme sind zum Teil von innen heraus entstanden. So ist unsere
18 Mobilisierungsfähigkeit in Wahlkämpfen schon dadurch erheblich beeinträchtigt gewesen, dass
19 wir unsere eigenen Mitglieder nur in Teilen erreichen und aktivieren konnten.

20

21 Zum Teil sind unsere Schwierigkeiten aber auch Ergebnis und Ausdruck der Veränderungen von
22 Gesellschaft, Technologie, Wirtschaft und internationalen Beziehungen, die die Lebensweise der
23 Menschen überall auf der Welt berühren. Digitalisierung, Globalisierung und der Klimawandel
24 kennzeichnen diese Entwicklung; tiefgreifende Veränderungen von Arbeitsprozessen, neue
25 ökonomische Potentiale und neue individuelle Entfaltungsmöglichkeiten gehören ebenso dazu
26 wie neue soziale Spaltungen, Unsicherheiten und Verteilungskämpfe. Zu den Auswirkungen
27 gehören auch Ausbeutung und Bürgerkriege und in ihrer Folge Flucht und Vertreibung, auch in
28 vielen Nachbarregionen Europas.

29

30 Der politische Umgang von Menschen mit diesen Veränderungen weist große Unterschiede auf.
31 Während für viele Menschen Europa zum Lebens-, Lern- und Arbeitsort geworden ist und Vielfalt
32 und internationaler Austausch für sie eine Selbstverständlichkeit sind, reagieren andere mit dem
33 Bedürfnis nach Abschottung, Überschaubarkeit und der Rückkehr zu längst überholten
34 nationalstaatlichen Regelungen. An dieses Bedürfnis knüpfen rechtsextreme und
35 rechtspopulistische Kräfte an und bieten rassistische und völkische Antworten, aber keine
36 Lösungen. Ihr Geschäft ist die Aushöhlung der Demokratie durch die Instrumentalisierung von
37 Ängsten. Den bestehenden Parteien wird zugleich von vielen Menschen keine
38 Lösungskompetenz zugetraut. Wir müssen feststellen, dass in weiten Teilen der Gesellschaft der
39 Zukunftsoptimismus schwindet – der Optimismus, auf dem auch das Konzept
40 sozialdemokratischer Reformpolitik aufbaut.

41

42 Die SPD wäre nicht die SPD, wenn sie sich diesen inneren und äußeren Herausforderungen nicht
43 entschlossen stellen würde. Die Geschichte unserer Partei ist eine Geschichte des immer wieder
44 neuen politischen Umgangs mit oftmals radikalen Umbrüchen in der Welt, verbunden mit der
45 dafür notwendigen Anpassung von Parteiorganisation und Arbeitsweise. Das können wir
46 deshalb, weil unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eben nicht
47 zeitgebunden sind, sondern immer gebraucht werden: als Kompass für die Gestaltung einer sich
48 verändernden Welt und als Voraussetzung für ein menschliches und sozial gerechtes
49 Zusammenleben in einem demokratischen Staat.

50

51 Was die SPD als Ganzes bei der Bundestagswahl 2017 erfahren musste, hat die SPD Sachsen-
52 Anhalt bereits mit der Landtagswahl 2016 getroffen. Unsere damalige Wahlniederlage ist Teil
53 der Krise der gesamten SPD, hatte aber auch hausgemachte Ursachen. Diesen Ursachen haben
54 wir uns seither offensiv gestellt und uns weiterentwickelt. Wir kämpfen dafür, dass Menschen
55 die SPD in Sachsen-Anhalt wieder als Adressaten für die Vertretung ihrer Interessen in der Politik
56 ansehen. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass aus dem Umbruch ein Aufbruch wird.

Leitanträge

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56

Vertrauen zurückgewinnen – keine Politik gegen die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler

Die SPD hat in Sachsen-Anhalt in zehn Jahren große Koalition in der Landesregierung von 2006 bis 2016 viele Erfolge erzielt, aber zugleich auch Vertrauen verspielt. Viele Probleme, die die Menschen in unserem Land bis heute umtreiben, werden verbunden mit der von der SPD seinerzeit verantworteten Finanzpolitik. Das gilt insbesondere für die Personalausstattung an Schulen, bei der Polizei und in anderen Bereichen öffentlicher Dienstleistungen.

Wenn Menschen den Eindruck haben, dass der Staat seine Aufgaben nur noch unzureichend erfüllen kann, berührt das das Selbstverständnis sozialdemokratischer Politik, Wir wollen keinen schwachen, sondern einen handlungsfähigen und verantwortlichen Staat. Deshalb kann die Konsolidierung von Haushalten nie Selbstzweck sein, sondern nur notwendiges Mittel zur Absicherung öffentlicher Handlungsspielräume.

Deshalb haben wir nach der Landtagswahl von unseren Parteitag in Halle und Burg die Botschaft ausgesandt: „Wir dürfen keine Politik mehr gegen die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler machen.“ Daran halten wir uns.

Die SPD erwartet von allen ihren Amts-, Mandats- und FunktionsträgerInnen die Einhaltung klarer ethischer Standards.

Entscheidung für die handlungsfähige Demokratie

Mit der Landtagswahl ist in Sachsen-Anhalt eine in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang einmalige Situation entstanden. Die Bildung einer demokratischen Regierungsmehrheit war – und ist – nur durch eine Koalition von CDU, SPD und Grünen möglich. Diese Situation kann sich frühestens durch die nächste Landtagswahl ändern.

Für die Demokratie ist es lebenswichtig, dass demokratische Parteien auch über große politische Unterschiede hinweg gemeinsame Handlungsfähigkeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unter Beweis stellen. Voraussetzungen dafür sind ein fairer, verlässlicher Umgang untereinander und die Verwirklichung der verabredeten Ziele und Maßnahmen. Für die Demokratie ist es ebenso wichtig, dass keine Regierung gebildet wird, die sich von Rechtsextremisten abhängig macht. Aus diesen Gründen hat sich die SPD 2016 zur Bildung dieser Koalitionsregierung entschieden.

Wir haben zugleich die offensive Auseinandersetzung mit der AfD im Landtag aufgenommen. Die AfD verzichtet im Parlament auf demokratische Feigenblätter. Sie tritt den demokratischen Fraktionen unverhohlen rechtsextremistisch, völkisch und rassistisch entgegen. Das gilt auch für Abgeordnete, die in Opposition zu ihrer Fraktionsführung stehen. Inhaltlich positioniert sich die AfD durchgängig arbeitnehmerfeindlich, rückwärtsgewandt, frauenfeindlich, antieuropäisch und in der Rolle einer reaktionären Fundamentalopposition. Wir sehen unsere Aufgabe darin, außerhalb des Parlaments verstärkt über den Charakter der AfD aufzuklären. Im Landtag stehen wir dafür ein, dass Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung nicht den politischen Kurs demokratischer Parteien beeinflussen dürfen.

Die SPD in der Koalition: Schwerpunkte, Erfolge, Hindernisse

Der Koalitionsvertrag trägt eine klare sozialdemokratische Handschrift und ist ein solides Arbeitsprogramm, um Sachsen-Anhalt stärker und moderner zu machen und um Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Handlungsfähigkeit und der Bestand der Koalition

Leitanträge

1 hängen jedoch davon ab, dass die in diesem Vertrag vereinbarten Vorhaben angepackt, finanziell
2 unersetzt und realisiert werden.
3

4 Mit unserem Wahlergebnis und der geringen Zahl von Abgeordneten in unserer
5 Landtagsfraktion mussten und müssen wir uns politisch konzentrieren. Das hat auch Vorteile.
6 Wir besinnen uns auf die Kernkompetenzen und Stärken der Sozialdemokratie und vertreten
7 diese auch in der Landesregierung:
8

9 Wir stehen für einen aktiven Sozialstaat, für Zugang für alle zum Arbeitsmarkt, für die gerechte
10 Gestaltung der Arbeitswelt von morgen, die Integration von Zugewanderten und Geflüchteten.
11 Wir stehen für eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze mit guten Bedingungen schafft, erhält
12 und gut bezahlt und die die innovativen Potentiale unseres Landes nutzt und ausbaut. Mit der
13 Zuständigkeit für frühkindliche, berufliche und wissenschaftliche Bildung stehen wir auch für
14 das traditionelle Profil der SPD als Bildungspartei und begleiten zugleich kritisch die Schulpolitik
15 der Landesregierung.
16

17 **Was wir bisher getan haben:**

18

- 19 • **Wir sparen nicht am falschen Ende.** Wir haben mit dem Doppelhaushalt 2017/18 die
20 Grundlagen für die Ausbildung zusätzlicher Polizistinnen und Polizisten gelegt, eine
21 Aufstockung bei der Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern erreicht und die
22 Absicherung tariflicher Bezahlung bei vom Land geförderten freien Trägern verankert.
23
- 24 • **Wir setzen auf Demokratie – jetzt erst recht!** Wir haben das Landesprogramm für
25 Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit überarbeitet, neu ausgerichtet und mit mehr Mitteln
26 ausgestattet. Gegen die Bedrohung der Demokratie insbesondere durch den
27 Rechtsextremismus, aber auch durch religiösen Extremismus setzen wir auf eine breite
28 Förderung des demokratischen Engagements von unten.
29
- 30 • **Wir wollen niemanden zurücklassen.** Mit dem Landesprogramm „Stabilisierung durch
31 Teilhabe“ haben wir für Menschen, die seit langer Zeit keinen oder noch nie einen Zugang
32 zum Arbeitsmarkt hatten, ein neues Angebot geschaffen. Damit bringen wir 2.000
33 Langzeitarbeitslose in Beschäftigung und unterstützen ihre Befähigung für den ersten
34 Arbeitsmarkt. Wir bieten damit Menschen eine Chance, die von der Arbeitsmarktpolitik bisher
35 zu wenig beachtet wurden.
36
- 37 • **Frühkindliche Bildung entscheidet mit über die Chancen aller Kinder.** Wir haben das
38 Kinderförderungsgesetz (KiFöG) evaluiert, die Kommunen erheblich entlastet, die Kosten von
39 Tarifsteigerungen übernommen und die Vorgaben des Landesverfassungsgerichts
40 umgesetzt. Mit den Eckpunkten für eine weitergehende Modernisierung des KiFöG haben wir
41 aufgezeigt, wie die Qualität der frühkindlichen Bildung gestärkt, Eltern, Erzieherinnen und
42 Erzieher entlastet und damit die Ziele des Koalitionsvertrages umgesetzt werden können.
43
- 44 • **Wir stärken Familien.** Ein Runder Tisch hat sich auch zum Themenkreis Geburt und Familie
45 zusammen gefunden. Eine flächendeckende Versorgung mit Hebammen ist für uns
46 unverzichtbar.
47
- 48 • **Wir stellen unsere Wirtschaft innovativ und wettbewerbsfähig auf.** Damit sich unsere
49 kleinen und mittleren Unternehmen erfolgreich weiterentwickeln, mehr Arbeitsplätze
50 schaffen und sich stärker internationalisieren können, haben wir die Wirtschaftsförderung
51 im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur
52 attraktiver gestaltet.
53
- 54 • **Wir fördern Existenzgründungen und Firmennachfolgen.** Weil in nahezu allen Branchen ein
55 Generationswechsel ansteht, haben wir das Thema Unternehmensnachfolge angepackt und

Leitanträge

1 unterstützen mit einem Nachfolgefonds die Übergabe von Betrieben in jüngere Hände. So
2 sichern wir nicht nur die Zukunft der betroffenen Unternehmen, sondern auch zahlreiche
3 Arbeitsplätze. Mit der Meistergründungsprämie haben wir einen attraktiven Anreiz für junge
4 Handwerksmeister geschaffen, einen Betrieb zu gründen oder zu übernehmen. Für
5 GründerInnen haben wir einen neuen Risikokapitalfonds aufgelegt. Wir fördern
6 Unternehmensgründungen und motivieren Start-up-Unternehmen, sich in Sachsen-Anhalt
7 anzusiedeln.
8

- 9 • **Mit Hilfe von Netzwerken fördern wir die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft.** Das
10 Partnernetzwerk Wirtschaft 4.0 hat das Ziel, Unternehmen für den digitalen Wandel zu
11 sensibilisieren. Der Wandel bietet Firmen die Chance, mit Hilfe von Innovationen neue
12 Geschäftsfelder zu erschließen.
13
- 14 • **Wir vernetzen Wirtschaft mit Wissenschaft.** Gerade kleinen und mittleren Unternehmen
15 fehlt oft das Geld für Forschungsprojekte. Wir unterstützen deshalb Kooperationen der
16 Firmen mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen unseres Landes. In der Regionalen
17 Innovationsstrategie hat sich das Land unter anderem zur Verstärkung der marktorientierten
18 Forschungs- und Entwicklungsförderung bekannt.
19
- 20 • **Wir investieren in die Wissenschaft.** Damit unsere Hochschulen auch in Zukunft exzellent
21 arbeiten, haben wir ihre Grundfinanzierung erhöht und weitere erhebliche Mittel in den
22 Ausbau der Forschungsinfrastruktur des Landes investiert.
23
- 24 • **Am Arbeitsplatz wird Integration konkret.** Während andere von Belastungsgrenzen reden,
25 schaffen wir mit Wirtschaft, Arbeitsagentur und vielen Engagierten die Voraussetzungen zur
26 Integration von Geflüchteten und Zugewanderten in den Arbeitsmarkt, bringen sprachliche
27 und berufliche Qualifikation voran.
28

29 Die Koalition in Sachsen-Anhalt besteht aus drei Parteien mit sehr unterschiedlichen
30 Grundüberzeugungen und Zielen. Niemand kann erwarten, dass Landesregierung und
31 Landtagsmehrheit durchgängig sozialdemokratische Politik machen. Wir erwarten aber, dass die
32 Beteiligten alles daran setzen, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele zu erreichen. Dabei
33 geht es auch um die Glaubwürdigkeit von Politik gegenüber den Wählerinnen und Wählern.
34

35 Es gibt jedoch erhebliche Defizite bei der Umsetzung von Vorhaben des Koalitionsvertrages
36 durch CDU-geführte Ministerien. Bei der Gewinnung neuer Lehrerinnen und Lehrer – auch als
37 Quer- und SeiteneinsteigerInnen oder als SprachlehrerInnen –, bei der Stärkung der
38 Gemeinschaftsschule, bei der Verwirklichung der Inklusion, bei der Planung der dafür
39 notwendigen finanziellen Ressourcen und der Abstimmung mit den Koalitionspartnern
40 vermissen wir in erheblichem Maße Handlungsfähigkeit und -bereitschaft des zuständigen
41 Bildungsministeriums. Nicht umsonst entstand eine große und erfolgreiche Volksinitiative
42 gerade im Bereich der Schulbildung. Die Bilanz der Landesregierung in der Schulpolitik kann
43 Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen nicht zufriedenstellen. Das gilt vergleichbar auch für die
44 Gleichstellungspolitik.
45

46 Der Koalitionsvertrag kann nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn im Landtag alle drei
47 beteiligten Fraktionen konsequent daran mitwirken. Die CDU-Fraktion kann das derzeit jedoch
48 für ihre Abgeordneten offenkundig nicht sicherstellen. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass
49 gemeinsame Vorhaben vom Gutdünken einzelner Abgeordneter abhängen. Bundesweit
50 wahrgenommen wurde die Zustimmung einer Mehrheit der CDU-Fraktion zum AfD-Antrag auf
51 Einsetzung einer Enquetekommission, die – für jedermann erkennbar – nicht gegen
52 Linksextremismus, sondern gegen die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem
53 Rechtsextremismus gerichtet ist. Zudem ist offenkundig, dass es sich hierbei nicht um einen
54 bedauerlichen Einzelfall handelt.
55
56

1 **Die Arbeit der Koalition auf solide Füße stellen**

2
3 Die SPD will die Arbeit in der Koalition mit CDU und Grünen fortsetzen. Die konstruktive
4 Zusammenarbeit demokratischer Parteien in einem Parlament, in dem die AfD die Demokratie
5 von innen her bekämpft, bleibt der richtige Ansatz.

6
7 Handlungsfähigkeit in der Demokratie bedeutet aber auch, dass demokratische Beschlüsse
8 gelten. Am Koalitionsvertrag, der von den Parteitagen aller drei Partnerinnen beschlossen
9 wurde, kann es keine Abstriche geben. Das gilt für alle Teile des Koalitionsvertrags – nicht nur
10 für die, die in der Zuständigkeit der SPD-geführten Ministerien liegen. Alle drei Koalitionspartner
11 haben die Verantwortung, dass ihre Kabinettsmitglieder und ihre Fraktionen zu ihrer
12 Verantwortung stehen. Vom Ministerpräsidenten erwarten wir, dass er im besonderen Maße für
13 den Koalitionsvertrag in seiner Gesamtheit einsteht.

14 **Was wir noch vorhaben:**

- 15
16
17 • **Das Geld ist da: jetzt in Zukunft investieren.** Sachsen-Anhalt erwirtschaftet derzeit hohe
18 Haushaltsüberschüsse, die nicht nur für Schuldentilgung eingesetzt werden dürfen. Wir
19 wollen diese Einnahme für dringend notwendige Investitionen nutzbar machen. Eine klare
20 Prioritätensetzung auf Investitionen brauchen wir auch, um Perspektiven für den ländlichen
21 Raum zu stärken.
- 22
23 • **Wir wollen unser Konzept von fairer Arbeit umsetzen** – überall dort, wo das Land zuständig
24 ist. Dabei geht es nicht nur um gute, tarifliche Löhne, sondern auch um neue
25 Qualifizierungsmöglichkeiten, um Zugang von Langzeitarbeitslosen zum Arbeitsmarkt, um
26 Teilhabe von ArbeitnehmerInnen bei der Digitalisierung, um gleiche Chancen für Frauen und
27 um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 28
29 • **Keine Zukunft ohne Fachkräfte.** Schon den Berufseinstieg müssen wir so gestalten, dass die
30 berufliche Ausbildung für junge Menschen attraktiver wird. Dazu gehört auch mehr
31 Unterstützung für die Mobilität von Auszubildenden, unter anderem durch ein Azubi-Ticket.
- 32
33 • **Wir werden den flächendeckenden Breitbandausbau vorantreiben und die Chancen des**
34 **digitalen Wandels ergreifen.** Schnelles Internet ist im digitalen Zeitalter von zentraler
35 Bedeutung. Der Breitbandausbau wurde in der Vergangenheit zu zögerlich angegangen.
36 Deshalb werden wir alles dafür tun, Versorgungsengpässe im Land so schnell wie möglich zu
37 beheben. Im Rahmen der Digitalen Agenda werden wir aufzeigen, wie das Land den digitalen
38 Wandel für sich nutzen kann – sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich. Für unsere
39 wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir auch flächendeckende Mobilfunknetze.
- 40
41 • **KiFöG: Starke Kinderbetreuung noch besser machen.** Wir wollen eine Fortführung der KiFöG-
42 Novellierung für eine verbesserte Betreuungsqualität und zur Entlastung der Eltern. Eine
43 Abkehr von der Ganztagsbetreuung wird es mit uns nicht geben. Die Fachkräftesicherung ist
44 für die Zukunft der frühkindlichen Bildung von ebenso großer Bedeutung wie für den
45 Pflegebereich.
- 46
47 • **Krankenhäuser qualifizieren:** Wir wollen eine zukunfts feste, qualitativ hochwertige
48 Krankenhausstruktur in Sachsen-Anhalt. Mit einer Novellierung des Krankenhausgesetzes
49 wollen wir Stärken stärken, Kompetenzen bündeln und Doppelstrukturen abbauen. Unser
50 Gesetz wird auf Qualifizierung und Erhalt, nicht auf die Schließung von Krankenhäusern
51 abzielen.
- 52
53 • **Das zentrale Thema Pflege wird immer wichtiger.** Wir wissen, dass der Bedarf an Fachkräften
54 für die Altenpflege in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2030 um mehr als 35 Prozent ansteigen
55 wird. Es besteht daher ein hoher Handlungsbedarf. Am „Runden Tisch Pflege“ suchen Politik,

Leitanträge

1 Träger, Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Wissenschaftler gute Wege für das Land. Wir
2 machen uns für nachhaltige Lösungen in der Pflege stark. Ein Mittel um den steigenden
3 Fachkräftebedarf im Bereich der Altenpflege zu decken, stellen gute Arbeitsbedingungen und
4 eine gute Bezahlung dar. Die Einführung einer Pflegevollversicherung ermöglicht und
5 refinanziert die angestrebten verbesserten Arbeitsbedingungen. Zu den guten
6 Arbeitsbedingungen gehören auch eine bessere Bezahlung, ein allgemeinverbindlicher
7 Tarifvertrag, eine bessere Personalausstattung und verbindliche Personaluntergrenzen.
8

9 • **Bundesteilhabegesetz: Neue Chancen auch in Sachsen-Anhalt nutzen.** Das „Budget für
10 Arbeit“ soll in Werkstätten arbeitenden Menschen mit Behinderungen die Eingliederung auf
11 dem ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Mit unserem Umsetzungskonzept werden wir die
12 neuen Spielräume im Interesse der Betroffenen nutzen.
13

14 • **Wir werden die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft weiter vorantreiben.** Im Fokus
15 stehen hier die Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Gründerzentren
16 sowie ein effektiverer Transfer von Produkt- und Prozessideen aus der Forschung in die
17 Wirtschaft.
18

19 • **Sachsen-Anhalt braucht eine Kehrtwende in der Schulpolitik.** Die vereinbarte
20 Unterrichtsversorgung von 103 Prozent, bezogen auf die tatsächlichen Schülerzahlen, muss
21 im Laufe der Wahlperiode erreicht werden. Dafür brauchen wir die offensive Werbung um
22 neu ausgebildete LehrerInnen ebenso wie die Offenheit für Seiten- und QuereinsteigerInnen.
23 Wir machen uns im Bund für die Aufhebung des bildungspolitischen Kooperationsverbotes
24 für Bund und Länder im Grundgesetz stark. Dazu wollen wir die Voraussetzungen schaffen,
25 die ein lernen und einen Unterricht in einer digitalen Welt ermöglichen. Die
26 Weiterentwicklung und das Entstehen weiterer Gemeinschaftsschulen sowie weiterer
27 Ganztagschulen werden wir weiterhin unterstützen. Wir werden uns auch dafür einsetzen,
28 dass wie bisher externe Evaluation beim Bildungsmonitoring Standard bleibt.
29

30 • **Mit dem neuen Hochschulgesetz werden wir Ausgründungen erleichtern,** Wissenschaftlern
31 mehr Raum für wirtschaftliche Aktivitäten einräumen und den Hochschulen
32 Unternehmensbeteiligungen ermöglichen. Wir werden die auskömmliche Finanzierung
33 unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen sicherstellen.
34

35 • **Hochschulen demokratisieren:** Die Hochschulen des Landes erhalten mit der Novelle des
36 Hochschulgesetzes mehr Autonomie. So werden wir das Berufungsrecht weitgehend auf die
37 Hochschulen übertragen, damit Professorenstellen schneller besetzt werden können. Auch
38 das Hausberufungsverbot wird gelockert, um jungen, talentierten
39 NachwuchswissenschaftlerInnen in Sachsen-Anhalt eine Perspektive zu eröffnen. Mehr
40 Autonomie der Hochschulen bedeutet aber auch, dass die Vertretungsgremien mehr
41 Mitsprache erhalten müssen. Deshalb stärken wir die Rolle der Senate. Sie sollen bei
42 Entscheidungen zu Strukturen und zur Verteilung von Mitteln wieder stärker mitbestimmen.
43

44 • **Wir wollen Geflüchteten die Chance zur gleichberechtigten Teilhabe eröffnen.** Die
45 Integration in Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeit steht dabei im Mittelpunkt.
46 Aufenthaltsrechtliche Spielräume müssen im Sinne einer gelingenden Integration in
47 Ausbildung und Arbeit genutzt werden. Wir beziehen die Eröffnung von Perspektiven für
48 Geflüchtete in unsere Strategie zur Fachkräftesicherung mit ein. Damit dies gelingt, wollen
49 wir die landespolitischen Rahmenbedingungen verbessern, damit Schulabschlüsse
50 altersunabhängig nachgeholt werden können. Wir sorgen dafür, dass sich die
51 Landesregierung entsprechend dem Koalitionsvertrag für ein modernes
52 Einwanderungsgesetz stark macht.
53

54 • **Energiewende gestalten, Perspektiven schaffen, Arbeitsplätze sichern:** Wir wollen unsere
55 Anstrengungen deutlich erhöhen, um die großen Energieeffizienz- und Einsparpotentiale im

Leitanträge

1 Land zu heben. Die Reduzierung des Energiebedarfs steht für uns am Anfang der Kette. Die
2 erneuerbaren Energien sind in Sachsen-Anhalt ein wichtiger Arbeitsplatzfaktor. Im
3 Bundesvergleich besetzen wir hier den Spitzenplatz. Wir wollen die regionale Wertschöpfung
4 stärken und Produktions- und Forschungsstandorte unterstützen. Um das Klima zu schützen,
5 muss die energetische Nutzung der Braunkohle perspektivisch ein Ende finden. Langfristig ist
6 Braunkohle zu wertvoll, um sie nur für die Erzeugung von Strom zu nutzen; ihre Perspektive
7 ist die stoffliche Nutzung. Daher brauchen wir ein ehrliches Szenario für die Zukunft der
8 Braunkohle. Die Energieversorgung muss sicher, bezahlbar und umweltfreundlich umgebaut
9 werden. Bei diesem Übergang achten wir auf die Sicherung der hochqualifizierten
10 Arbeitsplätze in Tagebau und Stromerzeugung. Wir setzen auf einen Strukturwandel mit
11 Augenmaß und auf die gezielte Förderung von Industrieansiedlungen in betroffenen
12 Regionen.

- 13
- 14 • **Mehr Demokratie wagen:** Wir werden mit der Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes
15 für mehr Demokratie in den Kommunen sorgen und die Quoren für Volksbegehren und
16 Volksentscheide herabsetzen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Aus der Aufklärungsarbeit
17 des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu den Beraterverträgen müssen neue
18 gesetzliche Regelungen entstehen, die mehr Transparenz und wirksame Kontrolle
19 ermöglichen.

20 21 22 **Die SPD will mehr**

23
24 Der Koalitionsvertrag mit CDU und Grünen bestimmt den Rahmen des heute politisch
25 Machbaren, aber nicht den Horizont sozialdemokratischer Politik. Unser Anspruch für die
26 Gestaltung der Zukunft Sachsen-Anhalts reicht über Sach- und Kompromisszwänge der
27 Tagespolitik hinaus. Für die Weiterentwicklung unserer langfristigen Ziele sind alle Mitglieder
28 gefragt. Die Leitbildkommission der SPD Sachsen-Anhalt wird deshalb ihre Arbeit fortsetzen und
29 steht allen interessierten Mitgliedern zur Mitarbeit offen.

30 31 32 **Politik und BürgerInnen wieder zusammenbringen, Vertrauen von den Kommunen her** 33 **aufbauen**

34
35 Demokratische Politik braucht das Vertrauen der BürgerInnen. Die demokratischen Parteien
36 müssen deutlich machen, dass die Interessen, Anliegen und Sorgen der Menschen im
37 Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen. In Sachsen-Anhalt erweckt die Politik oft einen gegenteiligen
38 Eindruck, wenn Debatten um Wölfe, Seilbahnen und Burkaverbote einseitig das Bild prägen.

39
40 Wichtige Mittlerin für den Kontakt zwischen der Landespolitik und den BürgerInnen ist die
41 kommunale Politik. Der Verlust großer Teile unserer kommunalen Basis in Sachsen-Anhalt ist für
42 uns als SPD deshalb ebenso dramatisch wie unsere Wahlniederlagen in Land und Bund. Wenn
43 wir unsere Rolle als Volkspartei erhalten wollen, müssen wir Parlamentspartei, Rathauspartei,
44 Mitgliederpartei und Programmpartei zugleich sein. Deshalb steht in den nächsten Jahren der
45 Wiederaufbau unserer kommunalen Basis im Mittelpunkt unserer Arbeit. Dafür setzen wir auf
46 die Qualifizierung unserer MandatsträgerInnen und KandidatInnen sowie auf die enge
47 Zusammenarbeit von SozialdemokratInnen in kommunaler, Landes-, Bundes- und Europapolitik.
48 Die Einbeziehung parteiloser BürgerInnen in die Arbeit unserer kommunalen Fraktionen und
49 Ortsvereine wollen wir verstärken.

50
51 Wir wollen die Sichtbarkeit der SPD erhöhen – an konkreten Themen, die die Menschen
52 bewegen. Wir wollen deutlich machen: Wir kümmern uns und räumen Schwierigkeiten aus dem
53 Weg. Dafür nutzen wir kommunale Wahlkämpfe ebenso wie die Arbeit der Fraktionen in
54 Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten. Besonders großen Stellenwert für unsere Verankerung
55 in den Kommunen hat die aktive Mitwirkung von SozialdemokratInnen in Vereinen, Verbänden,
56 Initiativen und Interessenvertretungen. Eine SPD, die vor Ort Ansprechpartnerin ist und zugleich

Leitanträge

- 1 den direkten Draht zur Landes-, Bundes- und Europapolitik hat, kann Menschen wieder ein
2 attraktives politisches Angebot machen. Wir appellieren an alle Sozialdemokratinnen und
3 Sozialdemokraten, sich mit ihren Überzeugungen nicht zu verstecken, sondern vor Ort
4 selbstbewusst für SPD-Politik einzustehen.
5
- 6 Die SPD hat im Jahr 2017 auch in Sachsen-Anhalt viele neue Mitglieder gewonnen. Wir wollen,
7 dass aus zahlenden Mitgliedern aktive, engagierte MitstreiterInnen werden. Die SPD Sachsen-
8 Anhalt wird auch deshalb ihren Charakter als Mitmachpartei weiter stärken. Die
9 Regionalkonferenzen nach der Landtagswahl und unsere Zukunftswerkstatt haben dafür bereits
10 wichtige Impulse geliefert. Jedes Mitglied hat die Chance, auch in landespolitischen Fragen
11 mitzureden. Insbesondere die Mitarbeit in Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen bietet
12 die Möglichkeit, sich in thematische Diskussionen einzubringen. Mit dem Beschluss über den
13 Aufbau von Online-Plattformen und der Weiterentwicklung der in den letzten Monaten
14 erprobten Arbeitsformate werden diese Mitwirkungsmöglichkeiten erheblich erweitert.
15
- 16 Über unsere Handlungs- und Mehrheitsfähigkeit entscheiden wir auch durch unser öffentliches
17 Erscheinungsbild und unsere parteiinternen Umgangsformen. Dazu gehört insbesondere,
18 Personal- und Strukturdebatten nicht über die Medien auszutragen. Wir müssen mehr
19 miteinander und weniger übereinander reden.
20
- 21 Die Demokratie braucht engagierte DemokratInnen. Wer dabei mithelfen will, Sachsen-Anhalt
22 stärker und gerechter zu machen, ist eingeladen, sich in der SPD zu engagieren.

Leitanträge

1 Beschluss: L2

2

3

Inklusion ist Menschenrecht und nicht verhandelbar! Zentrale Bestandteile der UN-

4

Behindertenrechtskonvention endlich konsequent verwirklichen!

5

6

Jeder gesellschaftliche Akteur ist durch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet, Menschenrechte und Grundfreiheiten für Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten.

8

9

Jedoch stellen die aktuellen Entwicklungen das **Menschenrecht Inklusion** zunehmend in Frage. Seine Sicherstellung liegt auch im Aufgabenbereich der politischen Akteure, so dass für Menschen mit Behinderungen die Auseinandersetzung um ein gelingendes Demokratieverständnis und Menschenrechte zum zentralen Feld geworden ist.

11

12

13

14

15

Jeder Mensch hat ein Recht auf "Inklusion", also darauf, ein Teil der Gesellschaft zu sein. So steht es in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit 2009 auch in Deutschland gilt. Es geht um gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, um Chancengleichheit in der Bildung, um berufliche Inklusion und um die Aufgabe, allen Bürger/Innen die Möglichkeit für einen selbstbestimmten Platz in einer barrierefreien Partei und Gesellschaft zu geben .

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

Menschen mit Behinderung müssen die inklusive Gesellschaft nach dem Grundsatz „Nicht ohne uns über uns“ selbst mitgestalten können. Dabei geht es auch um Menschen, die aufgrund einer geistigen und/oder Schwerst-mehrfach-Behinderung ihre Anliegen nicht oder nur schwer artikulieren können. Sie bringen sich somit nur selten in Beiräte, Behindertenvertretungen oder politische Beteiligungsverfahren ein. Dieser Personenkreis muss deshalb bei der Gestaltung von Inklusion stets berücksichtigt werden und ist in der Beteiligung zu unterstützen.

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

Inklusion ist also nicht nur eine gute Vision, sondern ein **Menschenrecht**. Das Recht auf Inklusion fußt auf der universellen Menschenwürde. Weil alle Menschen mit der gleichen und unveräußerlichen Würde ausgestattet sind, haben alle die gleichen Rechte und den Anspruch darauf, dass der Staat sie umsetzt. Inklusion als Menschenrecht ist natürlich nicht nur ein Thema für Menschen mit Behinderungen. Sie ist für alle Menschen wichtig, die nicht voll und gleichberechtigt an allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben können. Doch von der rechtlichen zur tatsächlichen Gleichstellung behinderter Menschen ist es noch ein weiter Weg! Es bleibt also keine Zeit, nach Alternativen zu suchen, bis sich beispielsweise ein ideales Bildungssystem etabliert hat und Inklusion als Vielfalt und Chance für alle Menschen verstanden wird.

Wir alle müssen unseren Blick für die Vielfalt und die ganze bunte Palette des Menschseins öffnen und das **Menschenrecht Inklusion** als Leitmotiv für unser tägliches Handeln und Entscheiden verstehen. Wo liegt der Ausgangspunkt zum Inkludieren? - Ziel ist es doch, eine Begleitung von Beginn an zu ermöglichen. Dabei geht es nicht darum, ob man Hilfe benötigt oder nicht, es geht darum, dass man bei Bedarf auf sie zurückgreifen kann, dass bei Bedarf Menschen mit Behinderungen einen verlässlichen Partner an ihrer Seite wissen.

Inklusion ist Haltung. Diese Einstellung bildet das Fundament für einen transformativen Prozess. Es gilt Mut zu haben, wenn Versuche aus finanziellen Gründen und den nicht vorhandenen Rahmenbedingungen zu scheitern scheinen. Man muss lernen wieder aufzustehen, auch wenn man umgefallen ist. Eine körperliche Einschränkung darf nicht dazu führen, dass erst bauliche, soziale oder kulturelle Barrieren sie zu einer Behinderung machen. Eine andere Sichtweise auf das Phänomen Behinderung ist danach die Wechselwirkung der Beeinträchtigung Behinderter mit den einstellungs- und umweltbedingten Barrieren, denn man ist nicht behindert, man wird behindert.

Leitanträge

1 Das hat zur Folge, dass nicht Menschen mit Behinderungen in den Fokus rücken, sondern die sie
2 behindernden Strukturen und Vorurteile. Diese ausgrenzenden Barrieren müssen künftig
3 abgebaut und überwunden werden.

4 5 **Barrierefreiheit**

6
7 Das bedeutet eine Ausweitung des Diskriminierungsschutzes im Bereich der Barrierefreiheit, der
8 auch über sogenannte Zielvereinbarungen Privatanbieter aller öffentlichen Leistungen zur
9 Herstellung von Barrierefreiheit verpflichtet.

10
11 Zukünftig müssen Vorkehrungen, wie sie in der UN-Behindertenrechtskonvention
12 vorgeschrieben sind, für alle Anbieter von Leistungen vorgeschrieben sein, öffentliche wie
13 private.

14
15 Barrierefreiheit als allgemeiner Standard in allen Bereichen wie z. B. baulich, technisch,
16 kommunikativen, etc. ist im Bewusstsein und Handeln der Gesellschaft noch nicht überall
17 angekommen. Barrierefreie Anforderungen sowohl für Rollstuhlnutzerinnen und
18 Rollstuhlnutzer wie auch für sinnesgeschädigte, lern- und geistig sowie psychisch Behinderte
19 müssen in ihrer Ausfächerung jetzt selbstverständlicher Teil gesellschaftlichen Denkens und
20 Planens werden. Damit wäre übrigens auch älteren Menschen, Eltern mit Kinderwagen etc.
21 geholfen.

22 23 **Inklusive Bildung**

24
25 Gemeinsamer Unterricht und damit die Herstellung inklusiver Bedingungen muss Aufgabe der
26 Schule sowie des Schulträgers sein. Deren Finanzierung ist sicherzustellen.

27
28 Eine ganzheitlich inklusive Erziehung und Bildung aller Kinder, Jugendlichen, Auszubildenden
29 und Studierenden ist das Ziel und darf nicht in Gesetzgebungsverfahren verhandelt werden.
30 In diesem Zusammenhang müssen wir auch die Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigungen
31 auch nach dem 14. Lebensjahr ermöglichen.

32
33 Denn insbesondere Eltern und Alleinerziehende müssen momentan ihre beeinträchtigten
34 Kinder, die älter als 14 Jahre sind, nach der Schule pflegen und betreuen. Wir setzen uns daher
35 für eine verbesserte Vereinbarkeit von Pflegenden Eltern, insbesondere Alleinerziehenden und
36 deren beeinträchtigten Kinder ein!

37
38 Bildung ist die Eingangstür für eine Gesellschaft von morgen, in der wir leben möchten.
39 Diese völkerrechtliche Selbstverpflichtung ist der zentrale Maßstab, an dem die Bildungspolitik
40 in unserem Land zu messen ist.

41
42 Jedoch geben die politischen Veränderungen derzeitig Anlass zur Sorge!
43 Es müssen endlich die notwendigen Rahmenbedingungen zum Aufbau und zur Umsetzung
44 inklusiver Schulkonzepte entwickelt werden. Es benötigt hierzu konkreter Maßnahmen mit
45 zeitlichen Vorgaben.

46
47 Eine Kehrtwende, ein Zurückdrehen in der Umsetzung inklusiver Bildung darf es nicht geben,
48 auch nicht im Hinblick darauf, wie viel Inklusion möglich und wie viel Differenzierung nötig ist.
49 Die Debatte über inklusive Bildung wird zu oft genutzt, um nicht der Aufforderung folgen zu
50 müssen, für eine generell inklusive Gesellschaft zu sorgen. Das löst Empörung und
51 Unverständnis aus, gerade bei den Schülerinnen und Schülern, die bereits seit Jahren erfolgreich
52 inklusiv unterrichtet werden. **Inklusive Bildung ist Menschenrecht!** Damit das gelingt, muss
53 Bildung durchlässig, inklusiv und qualitativ hochwertig ausgestaltet werden. Ausgestaltet in
54 Form von barrierefreien Schulen, Multiprofessionellen Teams, auf die tatsächlichen Bedürfnisse
55 ausgerichteter ÖPNV, verpflichtende themenbezogene Weiterbildung für die Lehrkräfte,
56 Mitnahme aller Eltern im Inklusionsprozess und der Hinwendung zur individuellen Förderung an

Leitanträge

1 der Schule. Denn individuelle Förderung erreicht alle Lernenden auf Augenhöhe und ist somit
2 ein Gewinn für alle! Genauso wie im gesamten Bildungsbereich bedarf es für die
3 Nachvollziehbarkeit eines vernünftigen Bildungsmonitorings. Das Instrument der externen
4 Evaluation durch Schulbesuch an allen Schulformen soll daher erweitert und nicht abgebaut
5 werden.

6 7 **Inklusiver Arbeitsmarkt**

8
9 Die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes und einer inklusiven Erwachsenenbildung, an
10 dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt teilhaben, ist ein ebenso wichtiger Baustein
11 auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Menschen mit Behinderungen sollen ihre
12 Berufswünsche selbstbestimmt verwirklichen können und hierbei die Möglichkeit haben, ihre
13 Potenziale frei zu entfalten. Insbesondere öffentliche Arbeitgeber haben hier eine
14 Vorbildfunktion – die gesetzlich vorgeschriebene Quote (5 %) muss hier deutlich überschritten
15 werden! Der prozentuale Anteil der behinderten Menschen an der Bevölkerung ist bis zum Jahr
16 2020 zu erreichen.

17 Der Verweis auf ein “erfülltes” Leben mit der staatlichen Unterstützung in Form von
18 Grundsicherung entspricht nicht dem Konzept von Inklusion und gleichberechtigter Teilhabe.
19 Die Benachteiligung und Ausgrenzung im Arbeitsleben ist Folge fehlenden Bewusstseins,
20 mangelnder Sensibilität für behinderte Menschen sowie der auftretenden Barrieren am
21 Arbeitsplatz und im Arbeitsumfeld. Rechtlich gesehen ist das eigentlich nicht möglich, aber in
22 der betrieblichen Praxis Realität.

23 24 **Inklusion in Kultur, Sport und Freizeit**

25
26 Eine inklusive Gesellschaft unterscheidet sich vom traditionellen Gesellschaftsbild. Sie
27 unterstellt ein anderes Gesellschaftsverständnis im Rahmen einer Kultur der Vielfalt und fordert
28 in Art. 30 der UN-Behindertenrechtskonvention konkret die Inklusion in Kultur, Sport und
29 Freizeit. Der Zugang zu Sport- und Freizeitaktivitäten soll für alle Menschen mit Behinderungen
30 ohne Diskriminierung möglich sein. Dies ist über das Vereinsrecht sicherzustellen. Sie stehen
31 symbolisch für Werte wie Solidarität, Selbstüberwindung, gegenseitige Unterstützung und
32 Selbstachtung.

33 34 **Frauen mit Behinderungen**

35
36 Frauen mit Behinderungen werden überdurchschnittlich häufig Opfer jeglicher Form von
37 Gewalt. Sie erfahren körperliche, psychische und sexualisierte Gewalt nicht selten von
38 pflegenden oder betreuenden Personen, sowohl in ihrem häuslichen Bereich als auch in
39 Einrichtungen. Trotz der hohen Zahl der Betroffenen fehlt es an passgenauen Angeboten, um
40 ihnen zu helfen. In der Behindertenhilfe fehlt es an Fachkräften, die sich mit dem Thema Gewalt
41 auskennen. Hingegen sind die Frauenhäuser, Interventions- und Beratungsstellen nur sehr
42 selten barrierefrei ausgebaut. Außerdem fehlt es hier beispielsweise an Sonderpädagoge*innen
43 und Gebärdendolmetscher*innen, um den speziellen Bedürfnissen der Frauen gerecht zu
44 werden.

45
46 Die SPD Sachsen-Anhalt lehnt jegliche Form der Gewalt ab - egal gegen wen und in welcher
47 Form. Daher werden wir unsere Anstrengungen im Bereich der Gewaltprävention verstärken.
48 Um die Betroffenen bestmöglich zu unterstützen, müssen die vorhandenen
49 Unterstützungsangebote besser untereinander vernetzt werden und die Frauenhäuser und
50 Beratungsstellen kurzfristig barrierefrei umgestaltet werden.

51 52 53 54 55 **Wahlrecht**

Leitanträge

1 Des Weiteren müssen in Sachsen-Anhalt diskriminierungsfreie Wahlgesetze, wie sie die UN-BRK
2 im Artikel 29 vorschreibt eingeführt werden.
3 Denn das Wahlrecht ist das vornehmste Recht des Bürgers in der Demokratie.
4 Derzeitig können aber nicht alle Menschen laut Wahlgesetz in Sachsen-Anhalt von ihrem freien
5 Recht zu wählen Gebrauch machen. Gemäß § 3 unseres Wahlgesetzes ist derjenige, der infolge
6 eines Richterspruches das Wahlrecht nicht besitzt, ausgeschlossen. Gleiche Regelung besteht für
7 diejenigen, denen zur Besorgung ihrer Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch
8 einstweilige Anordnung bestellt wurde. Dies gilt auch, wenn der Aufgabenbereich des Betreuers
9 die in § 1896 Abs.4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten
10 nicht umfasst.
11 Diese Regelung betrifft im besonderen Umfang die Menschen mit Behinderungen, die unter
12 Betreuung stehen. Diese bei der Wahrnehmung ihres Wahlrechtes einzuschränken, ist eine
13 Diskriminierung nach Artikel 3 und Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention. Nach
14 geltenden **menschenrechtlichen Standards** sind diese Ausschlussatbestände nicht zu
15 rechtfertigen!
16 Folglich wirkt sich der praktizierte Wahlrechtsausschluss diskriminierend auf Menschen mit
17 Behinderungen aus und ist deshalb abzuschaffen.

18 19 **Demokratische Rechte**

20
21 Inklusion ist ein dynamischer gesellschaftlicher Prozess und bedarf ständiger politischer
22 Begleitung und Initiierung von Veränderungs- und Anpassungsprozessen, nicht nur auf
23 gesetzlicher Ebene. Handlungsleitend für Inklusion als gesellschaftsprägendes Merkmal sind
24 Partizipation als Mitentscheidung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als Prinzip
25 durchgängiger Zugänglichkeit. Die Zusammenarbeit und wechselseitige Unterstützung mit und
26 von zahlreichen Behindertenverbänden und Organisationen sind ein zentrales Instrument zur
27 Erreichung dieses Zieles. Denn politisches Handeln ohne Partizipation, also ohne die
28 Mitentscheidung behinderter Menschen, ist politisches Handeln von gestern und muss
29 schrittweise gemeinsam überwunden werden. Dabei muss eine Inklusionspolitik mit
30 Engagement und Aktivitäten gestaltet werden, bei der die Akteure mit behindertenpolitischen
31 Kompetenzen fungieren und nicht die Zuschauer in den jeweiligen Gestaltungsprozessen sind.
32 Die SPD muss auf das feste Fundament der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen bei
33 Positionen und Forderungen für eine zukunftsfähige und moderne Behindertenpolitik bauen
34 und behinderte Menschen direkt als Entscheidungsträger beteiligen.

35 36 **Inklusion als ein Kernthema der Sozialdemokratie!**

37
38 Der Kern der Inklusion ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, unabhängig von den
39 Besonderheiten, die ein Mensch beziehungsweise eine Gruppe von Menschen auszeichnet.
40 Genauso ist auch der Kern der Demokratie gekennzeichnet durch eine gleichberechtigte Teilhabe
41 aller Menschen am politischen Prozess. Dies kann nicht unabhängig voneinander gedacht
42 werden. Hier geht Inklusion Hand in Hand mit der Demokratie. Gleichzeitig ist die Inklusion
43 mitmenschlich gedacht. Sie reduziert die Menschen nicht auf ihre Besonderheiten, sondern gibt
44 jedem Einzelnen das Recht darauf ein Mensch zu sein. Der selbstlose Einsatz für alle Menschen
45 ist Kern der Inklusion und ist hochgradig sozial. Hier geht Inklusion Hand in Hand mit dem 2.
46 Begriff unserer Partei. Sozial!

47 48 **Sozialdemokratie ist daher nicht ohne Inklusion denkbar!**

49
50 Das Thema der Inklusion läuft auf Hochtouren und der Streit über gelingende Inklusion tobt.
51 Über sie wird viel geredet, Inklusion wird verordnet und es erheben sich auch Stimmen gegen
52 die Vision einer inklusiven Gesellschaft! Die Umsetzung von Menschenrechten wie der Inklusion
53 dürfen wir jedoch dabei nicht aus unserem wachsamem Blick verlieren. Denn ein Zustand der
54 Normalität kann leidenschaftslos und träge machen. Was bereits erkämpft und erreicht ist,
55 werden wir verteidigen!

56

Leitanträge

- 1 Mit dem Beschluss des SPD Parteivorstandes vom 13. Oktober 2014 ist die SPD die
2 Inklusionspartei in Deutschland. Deshalb wollen wir in Sachsen-Anhalt eine offene,
3 demokratische, auf Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten basierende Gesellschaft
4 erlebbar machen.
- 5 Die gesetzliche und vor allem die praktische und wirkliche Gleichstellung von Menschen mit und
6 ohne Behinderungen ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine der zentralen
7 Aufgaben, um Inklusion erfolgreich umzusetzen. Nicht nur das Recht auf ein selbstbestimmtes
8 Leben und die Teilhabe in der Gesellschaft aller Menschen sind Grundpfeiler
9 sozialdemokratischer Politik, auch das Schaffen der notwendigen Bedingungen einer gelebten
10 Inklusionskultur sind hierfür wichtige Voraussetzungen.
- 11
- 12 Wir wollen ein inklusives Sachsen - Anhalt gestalten, wo alle Menschen unabhängig von Alter,
13 Geschlecht, Behinderung, unabhängig von ethnischer und sozialer Herkunft, unabhängig von
14 individuellen Befähigungen und Können, in Vielfalt und Unterschiedlichkeit inmitten unserer
15 Gesellschaft leben können.
- 16
- 17 Ein **inklusives Gemeinwesen ist nicht verhandelbar**, denn es bringt Vorteile für alle und stellt die
18 Weichen für eine lohnende Investition in die Zukunft unseres Landes!

Leitanträge

1 Beschluss: L3

2

3

Moderne Familienbilder und Vielfalt

4

5 Immer wieder heißt es, die Familie sei die „Keimzelle der Gesellschaft“, aber sie ist viel mehr als
6 das. Sie ist vermutlich der wichtigste Ort für jeden von uns. Und so vielfältig wie wir selbst, sind
7 auch die Vorstellungen von Familie. Familie ist schon lange nicht mehr nur Ehe und Kinder -
8 Alleinerziehende, Patchworkfamilien, Lebensgemeinschaften, die verschiedensten
9 Lebensentwürfe prägen unsere heutigen Familienbilder. Mit einer modernen Familienpolitik
10 wollen wir allen bei freier Entfaltung ihrer Lebenswünsche die Geborgenheit und Sicherheit
11 einer Familie bieten. Sozialdemokratische Familienpolitik setzt die richtigen
12 Rahmenbedingungen, um es Familien zu ermöglichen, so zu leben, wie sie es für sich wünschen.

13

Kinder stärken!

14

15
16 Hierzu zählt, dass eine Familie ausreichend Chancen hat, am gesellschaftlichen Leben
17 teilzuhaben. Eine zeitgemäße familiäre Förderung sollte sich am Kind und nicht am
18 Familienstand ausrichten, damit Familienförderung und Vergünstigungen vorrangig den
19 Kindern zu Gute kommen. Preisgestaltungen öffentlicher Einrichtungen müssen die oft
20 überbeanspruchten Familienbudgets berücksichtigen, hierzu zählen insbesondere Wege hinzu
21 kostenfreien KiTa- Angeboten. Die immer mehr zunehmende Kinderarmut muss gestoppt
22 werden.

23

24 Das Wohl unserer Kinder muss unser Leitbild sein. Für eine erfolgreiche Kinder- und Jugendhilfe
25 brauchen wir belastbare Strukturen, deren Rahmenbedingungen verlässlich finanziert sein
26 müssen.

27

Für ein modernes Adoptionsrecht

28

29
30 In Zeiten, in denen immer mehr Patchworkfamilien existieren, und Paare ohne Trauschein
31 zusammen glücklich sind, müssen wir unser Adoptionsrecht modernisieren. Es ist nicht mehr
32 zeitgemäß und verständlich, dass unverheiratete Väter einfach eine Vaterschaftserklärung
33 abzugeben brauchen, aber Stiefväter die Mutter heiraten müssen, um ihre Stiefkinder
34 adoptieren zu können. Voraussetzung für eine Adoption darf nur die geborgene
35 Familiensituation sein, nicht der Trauschein der Eltern.

36

Flexible Betreuungsangebote – bei Kindern und in der Pflege

37

38
39 Eine Familie zu ernähren fällt immer schwerer – besonders, wenn man die Verantwortung
40 alleine schultern muss. Gerade Alleinerziehende sind überdurchschnittlich häufig von Armut
41 bedroht, sie sind immer öfter auf Teilzeitjobs angewiesen, die in der Regel schlechter entlohnt
42 und mit weniger Aufstiegschancen verbunden sind. Damit Alleinerziehende nicht auf Dauer auf
43 Sozialleistungen angewiesen sind, müssen die vorhandenen Angebote der Kinderbetreuung
44 flexibler als bisher ausgestaltet werden. Kindertagesstätten müssen diese Flexibilität
45 unterstützen. Wir brauchen Betreuungsangebote mit regionalspezifischen Lösungsansätzen
46 und auch zu nicht üblichen Betreuungszeiten, ohne dabei den Einrichtungen und
47 Betreuer_innen zusätzliche Lasten aufzuerlegen.

48

49 Der Wandel der Rollenbilder betrifft aber genauso die Entwicklung fort vom Verdiener-
50 Zuverdienerin-Modell hin zu einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung der Aufgaben in Beruf und
51 Familie. Familien benötigen Spielräume, um Zeit sowohl füreinander als auch für den Beruf zu
52 haben, sie erwarten gute Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern. Eine bessere
53 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Schlüssel, um Familien diese Freiräume zu
54 ermöglichen. Für viele Familien ist sie jedoch nach wie vor die größte Herausforderung. Deshalb
55 werden wir die betriebliche Kinderbetreuung weiter fördern und eine qualitativ hochwertige
56 Betreuung auch in Randzeiten ermöglichen.

Leitanträge

1
2 Bedingt durch die demografische Entwicklung werden immer mehr Pflegebedürftige von meist
3 weiblichen Familienangehörigen betreut. Auch hier stellt sich die Frage nach Vereinbarkeit von
4 Familie und Beruf. Daher sind ein besseres flächendeckendes Angebot an Plätzen der
5 Tagespflege und weitere Maßnahmen und Angebote für die pflegenden Personen zu schaffen.
6

7 Im Bund kämpfen wir für ein Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeitarbeit nach einer
8 familienbedingten Reduzierung der Arbeitszeit.
9

10 Da die Hauptlast der Kinderbetreuung nach wie vor auf den Schultern der Mütter liegt, kämpfen
11 wir für eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt, in denen die gelebte Familienform keine
12 Auswirkungen auf das Arbeitsleben hat. Das betrifft sowohl gleiches Gehalt für gleiche oder
13 gleichwertige Arbeit als auch faire Aufstiegschancen am Arbeitsplatz. Darüber hinaus brauchen
14 wir Anreize und Unterstützung um mehr Vätern die Kinderbetreuung zu erleichtern oder sogar
15 erst zu ermöglichen. Familienfreundliche Unternehmen, z.B. mit betrieblichen
16 Kinderbetreuungsangeboten, benötigen mehr Förderung und Unterstützung.
17

Alle Familien – auch nicht konservative - rechtlich absichern

18
19
20 Deutschland erlebt die Rolle(n) vorwärts: seit einigen Jahren wandeln sich die Rollenbilder.
21 Moderne Patchworkfamilien ermöglichen es heutzutage, dass Kinder oft nicht nur Vater und
22 Mutter als ihre Eltern betrachten, sondern auch die neuen Partner ihrer Eltern oder sogar die
23 anderen Elternteile ihrer Halbgeschwister. In vielen Familien unseres Landes werden Modelle
24 gelebt, auf die die bestehende Gesetzeslage noch keine Antworten hat. Wir müssen die
25 rechtlichen Grundlagen schaffen, den Familien eine umfassende rechtliche Absicherung bieten
26 zu können, die durch gelebte Realität das Familienbild über Vater-Mutter-Kind hinaus geprägt
27 haben. Mehrelternschaften müssen rechtlich ermöglicht und abgesichert werden. Der Zugang
28 zur Reproduktionsmedizin muss diesen modernen Familienbildern gemäß geregelt werden,
29 insbesondere die Bindung an den Trauschein sollte der Vergangenheit angehören.
30

Steuersystem an Familienbilder anpassen!

31
32
33 Unser Steuersystem folgt einem Gesellschaftsbild, das vielen Familien nicht mehr gerecht wird,
34 indem es sich nach wie vor am Modell des Alleinverdieners orientiert und die besondere
35 Situation von Alleinerziehenden nicht berücksichtigt. Daher wird sich die SPD Sachsen-Anhalt
36 für eine Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbetrags für Alleinerziehende und die
37 Umwandlung des sog. Ehegattensplittings in ein Familiensplitting einsetzen.
38

Gleichstellungspolitik voranbringen!

39
40
41 Unterstützung brauchen die Stellen, die sich für die Rechte der Frauen stark machen.
42 Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr Rechte, um schlagkräftiger zu sein. Gute
43 Frauenpolitik ist auch immer gute Familienpolitik. Zur Stärkung aller Frauen ist dabei
44 unerlässlich, dass Bildungs- und Integrationsangebote so strukturiert sind, dass eine parallele
45 Betreuung von Kindern möglich ist und Beratungsangebote und Notanlaufpunkte anonym und
46 frei von sprachlichen Barrieren aufgesucht werden können.

47 Auch die Antidiskriminierungsstellen brauchen mehr Unterstützung.
48 Gleichstellungsbeauftragte müssen nicht nur die Gleichstellung von Mann und Frau im Fokus
49 haben, sondern auch Gleichstellung auf allen Ebenen der modernen Familienbilder. Für Sachsen-
50 Anhalt heißt das auch, dass der im Landtag beschlossene Aktionsplan gegen Homo- und
51 Transphobie zügig umgesetzt werden muss, denn Homosexualität, genau wie alle anderen
52 queeren Lebensentwürfe gehören selbstverständlich zu unserer Gesellschaft. Die hierzu im
53 Landeshaushalt bereit gestellten Mittel müssen zeitnah ausgekehrt werden. Förderungsfähige
54 Projekt und Vereine müssen unverzüglich beschieden werden, insbesondere bevor diese an den
55 Rand der Insolvenz getrieben werden.

Leitanträge

1 In Umsetzung des Aktionsplanes stehen wir für eine umfassende Aufklärungs- und
2 Bildungspolitik, die auf allen Ebenen, von der KITA-Bildung bis hin zu Aus- und
3 Weiterbildungsangeboten für Arbeitnehmer und Ausbilder, ein aufgeklärtes modernes
4 Familienbild vermittelt. Diese Bildungsangebote sollen auch insbesondere in der
5 Migrationsarbeit Berücksichtigung finden.

6 Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität muss nicht nur in Art. 3 des
7 Grundgesetzes aufgenommen werden, sondern auch in Art. 7 der Landesverfassung Sachsen-
8 Anhalt.

9

10 **Konversionstherapien verbieten!**

11

12 Wir fordern ein zügiges Verbot sogenannter Konversionstherapien. Sie haben den Zweck
13 homosexuelle Menschen „umzupolen“. Anerkannter Stand der Wissenschaft ist, dass solche
14 Therapien nicht nur wirkungslos sind, sondern auch massiven psychischen Schaden anrichten
15 können und sogar zum Suizid führen können. Die Anbieter solcher Therapien nutzen schamlos
16 die Verzweiflung der Menschen aus, die durch ein diskriminierendes und unmenschliches
17 Umfeld geprägt sind, sich solcher Therapien hinzugeben. Dieses schon als kriminell zu
18 bezeichnende Verfahren muss untersagt werden.

19

20 **Migrationsarbeit anpassen!**

21

22 Ein modernes Familienbild darf nicht an sprachlichen und kulturellen Barrieren scheitern. Alle
23 Beratungsangebote müssen auch für Menschen zugänglich sein, die der deutschen Sprache noch
24 nicht fähig sind. Zudem müssen moderne Familienbilder, die Vielfalt unserer Gesellschaft und
25 insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch in der Migrationsarbeit
26 vermittelt werden, wobei deutlich werden soll, dass die Gleichberechtigung die Grundlage in
27 unserem Grundgesetz ist. Die entsprechenden Bildungsangebote für Migranten sollen sensibel
28 und respektvoll gestaltet werden.

29

30 **Dem „Roll-Back“ entgegenzutreten!**

31

32 Die immer stärker wahrnehmbare „Roll-Back“ Bewegung lässt sich empirisch nicht nachweisen.
33 Rechte und populistische Strömungen wollen immer mehr den Eindruck erwecken, ein
34 konservatives Familienbild sei die Realität oder auch die einzig natürliche Form der Gesellschaft.
35 Diesen Bewegungen und dem politischen Arm dieser Strömungen stellen wir uns entgegen. Wir
36 stehen für moderne Familienbilder, freie Verwirklichung der verschiedensten Lebensentwürfe
37 und Schutz von Minderheiten gegen Ausgrenzung, Ungleichbehandlung und Diskriminierung.

Leitanträge

1 Beschluss: L4

2

3

Für eine sozial gerechte Arbeitswelt

4

5 Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Krisenbewältigung und soziale Sicherheit sind eng
6 miteinander verbunden und garantieren ein Miteinander. Marktradikale Kräfte setzen noch
7 immer auf die Selbstheilungskräfte des Marktes, der einzig und allein unternehmerische Profite
8 in den Mittelpunkt stellt. Wir stellen uns diesen Tendenzen in Sachsen-Anhalt entgegen und
9 fordern eine sozial gerechte Arbeitswelt. Hierzu gehören nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit
10 und Wirtschaftlichkeit der Unternehmen, sondern auch die Partizipation der Beschäftigten am
11 wirtschaftlichen Wachstum.

12

13 Darum ist Arbeitsmarktintegration ein wichtiger Indikator der Wettbewerbsfähigkeit. Denn der
14 sicherste Weg, Armut zu bekämpfen, ist ein Beschäftigungsverhältnis, das ein
15 menschenwürdiges Einkommen ohne zusätzliche Hilfe ermöglicht. Darum fordert die SPD
16 Sachsen-Anhalt einen armutsfesten Mindestlohn ohne Ausnahmen und mit wirkungsvollen
17 Kontrollen.

18

Herausforderungen

19

20 Folgende Herausforderungen wird die SPD Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren im
21 Bereich Arbeitsmarktpolitik aktiv verbessern. Hierzu gehören der Strukturwandel durch die
22 Energiewende sowie gute Arbeit und faire Löhne, d.h. für uns als SPD, dass wir uns für
23 dauerhafte, gut bezahlte und tarifgebundene Arbeitsplätze einsetzen. Wir verweisen hierzu auf
24 das Papier „Faire Arbeit für unser Land“, welches die SPD-Landtagsfraktion Sachsen beschlossen
25 hat und auch in Sachsen-Anhalt umsetzbar wäre. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich daher auf
26 Bundesebene aktiv für folgende Maßnahmen ein:

27

28

- Soziale und gerechte Anpassung der Hartz IV-Gesetzgebung
- Reformierung des Niedriglohnssektors
- Begrenzung von Leiharbeit

29

30

31

32

33 Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen

34

35 Diese Maßnahmen sind im Folgenden näher erläutert:

36

Soziale und gerechte Anpassung der Hartz IV-Gesetzgebung

37

38

39 Hierzu gehören die Anhebung des Schonvermögens sowie eine Überprüfung der momentanen
40 Sanktionsmöglichkeiten.

41

Reform des Niedriglohnssektors

42

43 Eine Reform des Minijobs ist notwendig, denn hierbei handelt es sich um prekäre
44 Beschäftigungsverhältnisse. In Sachsen-Anhalt sind ca. 8 % der Erwerbstätigen 5 geringfügig
45 beschäftigt. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass Mini-Jobber ab dem 1 € in die
46 Sozialversicherung einbezogen werden. Möglich wäre dies beispielsweise durch die Ausweitung
47 der Gleitzone Regelung auf die Einkommen von 0 bis 800 Euro.

48

Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen

49

50

51 Werkverträge sind als Teil prekärer Arbeit anzusehen und zwar dann, wenn sie zweckentfremdet
52 werden. Eine Zweckentfremdung liegt vor, wenn das „Gewerk im laufenden internen
53 Produktionsprozess eingebunden ist und nur formal den Anforderungen eines Werkvertrages
54 entspricht. Dieser Zweckentfremdung wollen wir einen Riegel vorschieben, da dies zum einen
55 die Arbeitnehmerrechte untergräbt und zum anderen der Grundsatz „Gleicher Lohn für Gleiche

Leitanträge

1 Arbeit“ nicht mehr gewährleistet wird. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass die
2 Rechtsgrundlage zur Regelung von Werkverträgen dahingehend angepasst wird, dass ein
3 Missbrauch unterbunden wird.

4 5 Beschränkung von Leiharbeit 6

7 Rund 26.000 Menschen befinden sich in Sachsen-Anhalt in Leiharbeit. Dies sind ca. 3 Prozent
8 aller Beschäftigten. Leiharbeit soll in seiner ursprünglichen Funktion ein temporäres Hilfsmittel
9 darstellen, um Produktionsspitzen abzufedern. Leider verfestigt sich die Leiharbeit und wird als
10 generelles Mittel der Beschäftigung eingesetzt. In der Realität dient Leiharbeit dazu,
11 Mitbestimmungsrechte zu beschränken und Lohndumping zu betreiben. Selbst für den Fall, dass
12 Leiharbeiter*innen den gleichen Lohn erhalten, ist das Beschäftigungsverhältnis dennoch
13 als prekär anzusehen, da sich die Arbeitnehmer nicht in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis
14 befinden. Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich daher für eine Leiharbeitsquote ein. Der Anteil der
15 Leiharbeiter soll 10% der Stammbeslegschaft nicht überschreiten. Des Weiteren setzt sich die SPD
16 Sachsen-Anhalt dafür ein, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn plus einer Zulage von 10 Prozent
17 erhalten. Mit der Mehrbezahlung soll sichergestellt werden, dass Leiharbeit nur als Instrument
18 bei Engpässen eingesetzt werden und nicht Mittel zum Lohndumping ist.

19 20 Digitalisierung aktiv gestalten 21

22 Kaum ein Prozess verändert unsere Gesellschaft so tief greifend wie die Digitalisierung. Noch vor
23 zehn Jahren waren Smartphones eine technologische Neuerung, heute haben zwei Drittel der
24 Deutschen Eins - in der Altersgruppe der unter 50-Jährigen sogar fast 80%.

25
26 Gerade in der Arbeitswelt hat die Digitalisierung enorme Veränderungen gebracht, die noch
27 lange nicht abgeschlossen sind. Das „Internet der Dinge“, also mit dem Internet verbundene
28 Maschinen und Geräte aller Art, sind auf dem Vormarsch. Der vernetzte Kühlschrank, die
29 intelligente Heizung, der Staubsaugerroboter und noch einiges Mehr. Für viele Menschen gehört
30 dies bereits zum Alltag dazu. Sie nutzen digitale Technologien, um ihr Leben zu organisieren.
31 Gerade für Familien kann die Digitalisierung neue Freiräume bedeuten. Sie kann Zeit sparen bei
32 Arbeitswegen und im Haushalt, in der Koordination von Freizeit, ehrenamtlichem Engagement,
33 Beruf (Homeoffice) und Schule. Aber Digitalisierung kann auch Druck ausüben. Das Gefühl
34 ständig erwarteter Erreichbarkeit, die schnelle Entwicklung neuer Anwendungen bedarf
35 kontinuierlicher Beschäftigung mit neuen Technologien und kann zu einem Gefühl der
36 Überforderung führen. Eine klare Trennung ist nicht mehr möglich. Die SPD Sachsen-Anhalt wird
37 dafür Rahmenbedingungen schaffen, die eine Flexibilisierung der Arbeitszeit mit dem Schutz
38 von Regenerationszeiten unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes beinhaltet.

39 40 Qualifizierung ist ein wichtiger Baustein 41

42 Damit die Veränderungen der Arbeitswelt, die durch den digitalen Strukturwandel entstehen,
43 besonders im Sinne der arbeitenden Menschen sind, müssen wir diese Menschen befähigen und
44 dabei unterstützen diese Veränderungen zu gestalten. Ein wichtiger erster Schritt ist die Aus-
45 und Weiterbildung der Menschen auf eine Basis zu stellen, die sie für die digitale
46 Herausforderung fit machen. Hier stehen insbesondere drei Bereiche im Fokus:

47
48 Bereiche im Fokus:

- 49 • Auf die Zukunft ausgerichtete Ausbildung in Berufs- und Sekundarschulen
- 50 • Unterstützung von Weiterbildungen neben der Arbeit
- 51 • Umschulungen und Weiterqualifizierungen von Arbeitslosen und
- 52 Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- 53
- 54

55 Wir fordern, dass die Digitalisierung zu einem festen Bestandteil der schulischen Ausbildung und
56 Programmieren als zweite Fremdsprache auf den weiterführenden Schulen wird.

Leitanträge

1
2 Die digitale Infrastruktur ist die Basis für alle digitalen Innovationen und Geschäftsmodelle. Die
3 Förderung der Breitbandversorgung ist an die Ansprüche der Gigabitgesellschaft anzupassen
4 und mit klaren Ausbauzielen zu versehen.

5
6 Wir müssen Programme für die digitale Transformation unseres Mittelstandes sowie für
7 Industrie und Handwerk einführen, so dass die gesamte Wirtschaft von den Möglichkeiten der
8 Digitalisierung unter Einbindung der Beschäftigten profitieren kann. Hierzu gehört auch, dass
9 arbeitslose Menschen die Chance erhalten, durch Weiterbildung und Qualifizierung den
10 Anschluss an die digitale Arbeitswelt (Stichwort: Arbeitslosengeld Q) nicht zu verlieren.

11
12 Denn, gesellschaftliche Ungleichheiten und Benachteiligungen können sich durch
13 Digitalisierung auch aufbauschen und potenzieren. Darum wird die SPD Sachsen-Anhalt diese
14 Entwicklung aktiv mitgestalten und ordnungspolitische Visionen für das digitale Zeitalter unter
15 Einbindung der Gewerkschaften entwickeln.

16 17 Gute Zukunft - Faire Chancen

18
19 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für eine gute Zukunft und faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt
20 für alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ein. Qualifizierungs- und
21 Weiterbildungsmaßnahmen bilden einen wichtigen Grundstock für die Zukunft der Arbeit. Wir
22 müssen bereits getroffene Beschlüsse weiter umsetzen und neue Wege finden diese Ziele zu
23 erreichen.

24 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich daher auf Bundesebene aktiv für folgende Maßnahmen ein:

- 25
26
- Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Qualifizierungsagentur
 - Bessere Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Schulbildung
 - Stärkung der Fremdsprachenausbildung angesichts der zunehmenden
29 Internationalisierung
- 30

31 Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Qualifizierungsagentur

32
33 Im Wahlprogramm hat die SPD die Idee des Arbeitslosengelds Q vorgestellt. Es sieht vor,
34 Qualifizierung von arbeitssuchenden Menschen deutlich zu stärken.
35 Arbeitssuchende Menschen sollen künftig ein Recht auf Qualifizierung haben. Wer drei Monate
36 nach Ende des Arbeitsverhältnisses keine neue Anstellung gefunden hat, kann sich auf den
37 Rechtsanspruch auf Qualifizierung berufen. Für die Dauer der Qualifizierung erhalten
38 Arbeitssuchende das Arbeitslosengeld Q (ALG-Q) anstelle des Arbeitslosengelds I (ALG I). Aktuell
39 halbiert sich für die Zeit der Qualifizierung die Bezugsdauer des ALG I. Beim ALG-Q soll das nicht
40 der Fall sein. Arbeitssuchende können damit länger ALG beziehen als zuvor–im Höchstfall 48
41 Monate.

42
43 Die Bundesagentur muss weiter umgebaut werden. Das durch die Verringerung der
44 Arbeitslosenzahlen freigesetzte Personal könnte so weiter Qualifiziert werden, dass sie
45 Arbeitssuchende und Arbeitslose im Bereich der Weiterbildung/Qualifizierung in den einzelnen
46 Branchen fachgerecht unterstützen können. Dadurch könnten langfristig Fachkräfte in ihren
47 Jobs gesichert werden oder eine neue Beschäftigung erhalten. Dafür setzt sich die SPD Sachsen-
48 Anhalt ein.

49 50 Bessere Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Schule

51
52 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass der Praxisbezug an Schulen größer wird. Die
53 Schüler und Schülerinnen müssen besser auf ihr zukünftiges Arbeitsleben vorbereitet werden.
54 Dazu gehört auch die Durchführung von Praxistagen und Praktika. Weiterhin müssten die
55 Lehrpläne dahin gehend geändert werden. Jugendliche und Erwachsene müssen mit Grundlagen

Leitanträge

1 in den Berufs- und Studienalltag entlassen werden, mit denen sie diesen ohne Probleme
2 bestreiten können.

4 Stärkung der Fremdsprachenausbildung angesichts der zunehmenden Internationalisierung

5
6 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich für eine Fokussierung der Fremdsprachenausbildung ein. Dies
7 ist nötig, um den Anschluss im Zuge der Globalisierung nicht zu verlieren. Die
8 Sprachgewandtheit der Bevölkerung unseres Landes wird unsere Zukunft maßgeblich
9 mitbestimmen. Der Schulunterricht muss diesen Gegebenheiten Sorge tragen.
10 Außerdem fordern wir eine verbesserte Förderung der Kurse in den Volkshochschulen. Eine
11 vollständige Kostenerstattung nach erfolgreichem Abschluss eines Sprachkurses wäre ein Anreiz
12 für alle Altersgruppen.

14 Arbeitnehmerfreizügigkeit

15
16 Die EU-Nachbarländer werden hinsichtlich des zunehmenden Fachkräftemangels immer
17 interessanter für Unternehmen in Sachsen-Anhalt.

18
19 Die Möglichkeit der **Arbeitnehmerfreizügigkeit** wird diese Zahl perspektivisch weiter steigen
20 lassen. Dieser Trend ist nicht als Gefahr zu sehen, sondern vielmehr als Chance für Sachsen-
21 Anhalt zu verstehen. Die ausländischen Beschäftigten sowie die darunter noch nicht erfassten
22 ausländischen (Solo-)Selbständigen und Werkvertragsnehmer*innen sind teilweise sog. „**mobile**
23 **Beschäftigte**“. Ein wichtiges Indiz hierfür ist, dass Unternehmen des Landes Sachsen-Anhalt die
24 Rechte der „mobilen Beschäftigten“ bewusst aushebeln bzw. verschweigen und damit
25 Ausbeutung als Instrument der Gewinnmaximierung einsetzen. Diese Praktiken stehen einer
26 Willkommenskultur maßgeblich im Weg. Die Aufklärung und Beseitigung dieser Praktiken
27 erhöht nicht nur die Attraktivität der Unternehmen, es fördert auch das Ansehen Sachsen-Anhalt
28 über Ländergrenzen hinweg. Es besteht für die „mobilen Beschäftigten“ des Landes Sachsen-
29 Anhalt daher dringender Handlungsbedarf. „Mobile Beschäftigte“ brauchen eine
30 Interessenvertreter. Der bestehende Handlungsbedarf drückt sich auch im Bekenntnis der
31 Landesregierung gegen die Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen und für die Ausweitung des
32 Bündnisses gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung und dessen mobiler
33 Migrationsberatung auf Sachsen-Anhalt (Koalitionsvereinbarung, S. 61/62) aus.
34 Darum *halten wir an das Gebot der EU-Entsenderichtlinie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am*
35 *gleichen Ort“ ausnahmslos fest.*

37 Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt

38
39 Die Personengruppe der geflohenen Menschen in Sachsen-Anhalt wird perspektivisch eine
40 immer höhere Attraktivität für einheimische Unternehmen bekommen. Dabei ist ein fair
41 bezahlter Arbeitsplatz eine ideale Voraussetzung dafür, das eigene Leben möglichst schnell
42 wieder selbst bestimmt organisieren zu können und sich dadurch in die Gesellschaft zu
43 integrieren. Der politische und gesellschaftliche Auftrag lautet daher, dass Geflüchtete in der
44 Arbeitswelt zu integrieren sind und dass sie gleichberechtigt behandelt werden.

46 Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

47
48 Echte Rechte werden Gesetz!

49
50 Die Lebenswirklichkeit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hat oft wenig mit ihren Potenzialen
51 oder gar ihren Wünschen und Zielen zu tun. Ihre aktuelle Situation lässt sich mit wenigen
52 Schlagworten beschreiben: ungleiche Bezahlung, Teilzeit, Minijobs, Niedriglohn und
53 Unterrepräsentanz in Führungspositionen.

54 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt eine Dauerbaustelle. Das Elterngeld hat die Lage
55 verbessert, aber über das ganze Arbeitsleben gesehen stecken immer noch mehr Frauen im Beruf
56 zurück. Familiäre Auszeiten bedeuten häufig eingeschränkte Aufstiegschancen, niedrigere

Leitanträge

1 Bezahlung und schlechtere Bedingungen am Arbeitsplatz. Im Ergebnis bleibt die Entgeltlücke
2 zwischen Frauen und Männern groß und sie schließt sich nicht. In der Regel haben die
3 Betroffenen zudem kein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit. Damit tragen Frauen nach wie
4 vor die größeren Risiken im Erwerbsleben.

5
6 Kurze Teilzeit, Minijobs, Niedriglöhne und Befristung prägen ungewollt das Erwerbsleben vieler
7 Frauen. Diese Erwerbsformen sind mit hohen wirtschaftlichen Risiken verbunden. Aufgrund der
8 geringen Löhne sind oft weder langfristige Lebens- und Familienplanungen, noch eine
9 eigenständige Existenzsicherung oder angemessene Alterssicherung möglich. Viel zu oft ist
10 Altersarmut die unausweichliche Folge. Je länger die Frauen einer atypischen Beschäftigung
11 nachgehen, desto unwahrscheinlicher wird darüber hinaus die Aufnahme einer
12 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – Klebeeffekt statt Brückenfunktion ist die
13 traurige Realität.

14
15 Um die Lohnlücke zu schließen, braucht es endlich Taten statt Worte. Frauen brauchen eine
16 auskömmlich bezahlte Erwerbsarbeit und flexible Arbeitszeitmodelle. „Typische“ Frauenberufe
17 müssen besser anerkannt werden, nicht mit warmen Worten, sondern auf dem Lohnzettel.
18 Frauen in Führungspositionen müssen gefördert werden, damit sie eine faire Chance haben.

19
20 Die Situation vieler Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss sich verbessern. Appelle haben in der
21 Vergangenheit nichts genutzt und werden auch in Zukunft nur ein Placebo bleiben. Frauen
22 brauchen keine Versprechungen, sondern echte Verbesserungen. Dafür haben wir eine gute
23 Tradition in unserer Demokratie: echte Rechte werden Gesetz! Wir fordern ein wirksames
24 Entgeltgleichheitsgesetz und ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit zu Vollzeit.

25
26 Die SPD Sachsen-Anhalt wird das Thema: „Bekämpfung der sexuellen Belästigung am
27 Arbeitsplatz“ von Frauen und Männern sowie den „Abbau von Geschlechterstereotypen“ bei der
28 Berufswahl aufnehmen und entsprechende Gesetzgebungsverfahren auf den Weg bringen.

Potenziale für einen inklusiven Arbeitsmarkt endlich nutzen

29
30
31
32 Das Recht auf Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen ist in Artikel 27 der
33 UN-Konvention, in der Europäischen Sozialcharta (Art. 1) sowie auch im Grundgesetz (Art. 12)
34 festgeschrieben.

35 Zu einer denkbaren und vor allem einer realisierbaren Chance zählt dabei die Teilhabe am
36 Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen.

37
38 Trotz derzeitig ständig sinkender Arbeitslosigkeit stagniert die Arbeitslosigkeit behinderter
39 Menschen und unterstreicht den gesellschaftlichen Handlungsbedarf.

40
41 Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat sich dazu verpflichtet, einen offenen, zugänglichen,
42 inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer
43 Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht. Dies ist auch nötig, da das Land Sachsen-Anhalt
44 Schlusslicht in der Beschäftigung behinderter Menschen ist. Dies muss geändert werden und
45 zwar jetzt!

46 Selbstbestimmung und Zugang zum gesellschaftlichen Alltag erfolgen über Beschäftigungen
47 auf dem ersten Arbeitsmarkt. Aber, hier stehen Menschen mit Handicap oft vor verschlossenen
48 Pforten.

49 Darum muss Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt Vorrang vor der Arbeit in einer Werkstatt für
50 Menschen mit Behinderungen haben und generelle Regelungen zur Barrierefreiheit am
51 Arbeitsplatz für alle Arbeitgeber gelten.

52
53 Als SPD fordern wir, dass das Angebot der Inklusionsbetriebe und Werkstätten im Hinblick auf
54 einen inklusiven Arbeitsmarkt weiterentwickelt wird.

55

Leitanträge

1 Mit dem Budget für Arbeit, was im Zuge des Bundesteilhabegesetzes am 01.01.2018 in Kraft tritt,
2 ist hier eine Chance zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für Werkstattangehörige
3 auf dem 1. Arbeitsmarkt geschaffen.

4 Eine frühzeitige Berufsförderung junger Menschen mit Behinderungen an der Schwelle zum
5 Arbeitsleben ist im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention, angesichts der
6 Herausforderungen des demografischen Wandels sowie als Gegenbewegung zur der
7 weitgehend ungebremsten Sogwirkung des Sonderarbeitsmarktes das Gebot der Stunde. Die
8 alternde Arbeitsgesellschaft braucht jeden Heranwachsenden, auch den mit einer Behinderung.
9 Schwerbehinderte Menschen sind überdurchschnittlich qualifiziert, d.h. sie haben öfter eine
10 berufliche Ausbildung abgeschlossen, ein Studium durchlaufen als die Arbeitslosen insgesamt.
11 Vor diesem Hintergrund sollten Unternehmen nicht über Fachkräftemangel klagen, sondern das
12 Potential von Menschen mit Behinderungen erkennen und damit Ungewissheit und Vorurteile
13 durch positive Beispiele entkräften. Denn nur so, wird Inklusion gelebt.

14
15 Ziel kann letztlich nur ein gemeinsamer Arbeitsmarkt für alle Beschäftigten sein, der
16 unterschiedliche Lebenslagen, Lebensentwürfe, vermeintliche Einschränkungen und Handicaps
17 wertschätzend zu berücksichtigen weiß.

18
19 Die SPD in Sachsen-Anhalt muss weiterhin dafür Sorge tragen Arbeitgeberinnen und
20 Arbeitgeber zu sensibilisieren, dass Menschen mit Behinderungen Stärken und fachspezifische
21 Potentiale besitzen und ihnen somit die berufliche Integration offen steht.

22

Verteilungsgerechtigkeit herstellen

23

24
25 Dies bedeutet, die Anhebung bzw. Erhebung von Steuern für Bestverdienende, Vermögende und
26 Erben.

27 Außerdem benötigen wir eine Entlastung für Bezieher*innen kleiner und mittlerer Einkommen
28 insbesondere bei Sozialabgaben. Dies könnte durch die Einführung von einer Bürger- und
29 Erwerbstätigenversicherung ermöglicht werden.

30

Abschlagsfreie Rente wegen Erwerbsminderung

31

32
33 Es ist Zeit, dass Bürgerinnen und Bürger nicht mehr in Form von Rentenabschlägen bestraft
34 werden, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen eine Rente erhalten. Die Zeit ist reif für eine
35 abschlagsfreie Rente wegen Erwerbsminderung. Wir fordern darum die Landtagsfraktion auf,
36 sich auf Bundesebene dafür ein zusetzen.

1 Beschluss: A1

2

3 Weiterleitung an: S&D-Fraktion, SPD-Bundesparteitag

4

5 **Hohe Freihandelsstandards auch für Europäische Partnerschaftsabkommen einhalten**

6

7 Der in dem CETA-Abkommen umgesetzten Standard eines institutionalisierten öffentlichen
8 Investitionsschiedsgerichts, sowie das Recht auf Regulierung im öffentlichen Interesse, als auch
9 die Möglichkeit bestimmte, für die betreffende Nation sensible, Bereiche von einem
10 Liberalisierungsprozess auszunehmen, sind wichtige Errungenschaften hin zu einer faireren
11 globalen Handelsordnung.

12

13 Diese Standards, die mit Kanada als einem Partner auf wirtschaftlicher Augenhöhe
14 ausgehandelt wurden, sollen ebenfalls auf bisher bestehende und zukünftig abzuschließende
15 Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union Anwendung finden.

16

Antragsbereich A – Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik

- 1 Beschluss: A2
- 2
- 3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
- 4
- 5 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 6
- 7 **Reform des Umsatzsteuersatzes in Deutschland**
- 8
- 9 Wir setzen uns für die Bereinigung und Reduzierung der Ermäßigungstatbestände bei der
- 10 Umsatzsteuer an.

1 Beschluss: A4

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

4

5

Gleichbehandlung von Leiharbeiter*innen

6

7 Erhalten festangestellte Mitarbeiter*innen einer Firma betriebliche Zusatzleistungen (z. B.
8 Vergünstigungen auf Mahlzeiten in einer Kantine, Zugang zu Sportstätten innerhalb und
9 außerhalb der Firma, Zugang zu Betriebskindergärten) so sollen diese Vorzüge auch für bei der
10 Firma arbeitende Leiharbeiter*innen gelten.

Antragsbereich A – Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik

1 Beschluss: A5

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5 **Zeit ist Geld, auch für Neueinsteiger*innen**

6

7 Einfühlungsverhältnisse, die zwischen Arbeitgeber*in und potenziellem*r Arbeitnehmer*in zum
8 Einstieg in einen Betrieb abgeschlossen werden können, durch Gesetz ausgeschlossen werden.

1 Beschluss: A6

2

3 Weiterleitung an: SPD Landesverband Sachsen-Anhalt

4

5 **Kein Braunkohleausstieg ohne langfristige Absicherung relevanter Planungen**

6

7 Ein beschleunigter Ausstieg aus der Braunkohle, wie er aktuell immer wieder diskutiert wird, hat
8 weitreichende Folgen im mitteldeutschen Revier und darüber hinaus.

9

10 Die Sozialdemokratie muss dafür sorgen, dass hier alle relevanten Prozesse bedacht werden und
11 konkrete Aussagen für konkrete Zeiträume getroffen werden zu:

12 1. Versorgungssicherheit

13 2. Beschäftigungsverhältnisse

14 3. Energiepreise

15 4. Energiebilanz

16 5. Kosten des Braunkohleausstiegs für die Volkswirtschaft

17

18 Erst nach Beantwortung dieser Fragen kann entschieden werden, zu welchem Zeitpunkt ein
19 Ausstieg aus der Braunkohle ökonomisch, ökologisch und sozial vertretbar erfolgen kann.

1 Beschluss: B2

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5 **Verbesserung der Lehrerversorgung im Land - Bildungsminister Tullner muss seine**

6

Hausaufgaben machen

7

8 Die Unterrichtsversorgung im Land Harz ist nicht zufriedenstellend und viele offene
9 Lehrstellen können nicht besetzt werden. Der Unterrichtsausfall nimmt weiter zu. Die zum
10 neuen Schuljahr in Kraft getretenen „effizienzsteigernden Maßnahmen“ haben lediglich auf
11 dem Papier zu Verbesserungen der Unterrichtsversorgung geführt. Ausgeschriebene Stellen
12 können nicht besetzt werden. Daher unterstützen wir die SPD-Landtagsfraktion dabei mehr
13 Lehrkräfte einzustellen, um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Unterrichtsversorgung von 103
14 % zu erreichen.

1 Beschluss: B3

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5 **Altersgrenzen für den Schulbesuch von Geflüchteten neu denken**

6

7 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Zugang für junge Geflüchtete zu Schul- und
8 Berufsbildung zu verbessern. Junge Geflüchtete sollen nicht mit Ende der Schulpflicht zum
9 Abbruch der Schulbildung gezwungen werden. Daher ist die Einführung eines Anspruches auf
10 Wiederaufnahme der Schulbildung bis zum vollendeten 21. Lebensjahr zu prüfen. Des Weiteren
11 ist die Schaffung einer Ausnahmeregelung für besonders begründete Fälle zu prüfen. Dazu
12 müssen die personellen Kapazitäten an den Schule, insbesondere im Bereich Deutsch als
13 Zweitsprache, entsprechend erhöht und die universitäre Lehramtsausbildung qualitativ an die
14 neuen Anforderungen angepasst werden.

1 Beschluss: B4

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5 **Lernen in einer digitalen Welt**

6

7 Die SPD- Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Entwicklung und Umsetzung einer
8 Landesstrategie „Bildung in der digitalen Welt“ einzusetzen. Diese Landesstrategie hat folgende
9 Ziele zu verfolgen:

10

11 1. Jede Schule in Sachsen-Anhalt soll bis Ende 2020 eine Internetversorgungsrate von
12 mindestens 50 Mbits anliegen haben.

13

14 2. Bis 2021 sollen in allen Schulen die jeweiligen Unterrichtsräume mit WLAN oder LAN-
15 Verbindung ausgestattet sein.

16

17 3. Bis 2019 sind die in der Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen
18 Welt“ definierten Kompetenzbereiche in die Lehrpläne des Landes Sachsen- Anhalt
19 einzuarbeiten.

20

21 4. Bis 2021 haben alle Schulen schuleigene Medienkompetenzpläne im Rahmen der
22 Schulprogrammarbeit zu erarbeiten.

23

24 5. Schaffung eines Förderprogrammes, das dafür sorgt, dass bis 2021 alle Schulen mit der
25 notwendigen Hard- und Software zur Umsetzung der Landesstrategie und der
26 schuleigenen Medienkompetenzpläne ausgestattet sind.

27

28 6. Es sind für die erste und zweite Phase der Lehrerbildung sowie für die Lehrerfort- und
29 -weiterbildung Module zu entwickeln, welche die Lehrerinnen und Lehrer auf die
30 Vermittlung der Kompetenzbereiche der „Kompetenz in der digitalen Welt“ vorbereitet.

31

32 7. Datenschutz ist als fundamentales Prinzip in der Hardware-Ausstattung und den
33 Lehrplänen zu verankern. Jede Schule muss eine/n Datenschutzbeauftragte/n mit
34 entsprechenden Anrechnungsstunden benennen.

35

36 Darüber hinaus sollen die jeweiligen Träger der Schuleinrichtungen für die
37 Wartung/Instandhaltung und Betreuung zuständig sein und dieses mit ausreichendem Personal
38 in ihren bereits vorhandenen Strukturen berücksichtigen.

1 Beschluss: B5

2

3 **Die Schulmediation als Mittel zur Gewalt- und Kriminalpräventionen an allen Schulen in**
4 **Sachsen-Anhalt zur Pflicht zu machen.**

5

6 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass mehr Gewalt- und
7 Kriminalprävention an Schulen gefördert wird. Dazu bedarf es einer Sensibilisierung von
8 Lehrkräften, damit Mobbing-Situationen früh erkannt oder im Vorfeld präventiv verhindert
9 werden können. Eine Art dieser Prävention ist die Schulmediation in der die Streitschlichtung
10 durch Peeredukation erfolgt.

11

12 Die Umsetzung des Programms ist auch durch die Absicherung bzw. Ausbau der
13 Schulsozialarbeit zu sichern. Hierfür sind ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

14

15 Am einfachsten kann dieses durch niedrigschwellige Angebote schon im Primärbereich
16 veranlasst werden. Diese Angebote werden von externen Institutionen, angepasst an die
17 Schulform und die Klientel, an die Schulen gebracht. Dies sind einmalige Kosten, die im Vergleich
18 zu den auftretenden Problemen durch Gewalt und Mobbing eher gering einzuschätzen sind.

1 Beschluss: B6

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagfraktion

4

5

Abschaffung des Hausberufungsverbots

6

7 Die Jusos Sachsen-Anhalt fordern eine Abschaffung des Hausberufungsverbots an deutschen
8 Hochschulen.

9

10 Die Praxis des Hausberufungsverbots, die eine langfristige Karriereplanung an einem
11 Hochschulstandort ausschließt, verstößt gegen den Art. 33 GG (demnach hat „jeder Deutsche [...] nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte“). Insbesondere Frauen und Mütter aber auch Väter entscheiden sich aufgrund dieser Hürde oft gegen eine Fernberufung und einen Karriereaufstieg, was unserem sozialdemokratischen Ziel der Chancengleichheit widerspricht.

16

17 Daher setzen die Jusos Sachsen-Anhalt sich für die Möglichkeit von Hausberufungen außerhalb
18 von Ausnahmeklauseln ein.

1 Beschluss: B7

2

3 **Grundkenntnisse der Kinder- und Jugendhilfe in der Lehrer*innenausbildung besser verankern**

4

5 Um eine bessere Verzahnung von Bildungs-, Erziehungs- und Hilfeleistungen im Sinne der
6 Kinder- und Jugendlichen, in Sachsen-Anhalts Schulen, auch in der täglichen Praxis zu erreichen,
7 sollen Grundkenntnisse der Strukturen, Handlungsweisen und Zuständigkeiten der Kinder- und
8 Jugendhilfe besser in der Lehrer*innenausbildung wie auch Fortbildung verankert werden.

1 Beschluss: B8

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5

Graduiertenförderung – keine zwei Klassen Stipendien

6

7 Die letzte Novelle der Landesgraduiertenförderung hat viele sehr wichtige und sinnvolle
8 Veränderungen, z.B. in Bezug auf Dauer, Höhe und Zuverdienstmöglichkeiten, gebracht. Diese
9 gelten jedoch bisher nur für neu aufgenommene Stipendiat*innen. Dies gilt es zügig zu
10 verändern. Die Bedingungen sind daher rückwirkend und vollständig für ausnahmslos alle
11 Stipendiat*innen an die neuen Regelungen anzupassen.

1 Beschluss: B9

2

3 **Zur Novellierung des Landeshochschulgesetz: Institutionelle Barrieren an Hochschulen und**
4 **Universitäten abbauen**

5

6 Im Jahr 2018 steht die Novellierung des Landeshochschulgesetzes auf der Agenda. Wir
7 möchten, dass durch dieses Gesetz institutionelle Barrieren abgebaut werden. Ergänzend zu
8 weiteren Beschlüssen, die sich mit dem Landeshochschulgesetz befassen, setzt sich die SPD
9 Sachsen-Anhalt dafür ein, dass im Landeshochschulgesetz folgende Dinge verankert
10 sind:

11 • an jeder Universität bzw. Hochschule in Sachsen-Anhalt ist eine Vollzeitstelle für eine /
12 einen Inklusionsbeauftragte*n einzurichten. Außerdem müssen Inklusionsbeauftragte* mit
13 ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um beeinträchtigte/n
14 Student*innen wirkungsvoll unterstützen zu können.

15 • Flüchtende mit entsprechender Qualifikation müssen eine sofortige
16 Hochschulzugangsberechtigung erhalten, ungeachtet ihres derzeitigen Aufenthaltsstatus.

17 • Fachhochschulen wird das Promotionsrecht gewährt.

1 Beschluss: B10

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5 **Programm zur Förderung der Geschlechterforschung in Sachsen-Anhalt**

6

7 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, ein Programm zur Förderung der Gender Studies in
8 Forschung und Lehre zu initiieren, um die Geschlechterforschung disziplinübergreifend an den
9 Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt zu verankern.

10

11 Das Programm soll insbesondere folgende Bestandteile beinhalten:

12 1. Die adäquate Ausstattung und langfristige Sicherung bestehender Strukturen der
13 Genderforschung in Sachsen-Anhalt und Unterstützung bei der Einrichtung weiterer
14 Genderprofessuren an den Hochschulen des Landes

15 2. Die Sicherstellung der Integration der Forschungsergebnisse von Gender Studies in die
16 universitäre Ausbildung

17 3. Die Verbesserung von Forschungs- und Nachwuchsförderung im Bereich der
18 Geschlechterforschung und Etablierung von Gender-Studies-Angeboten als
19 Schlüsselqualifikation in Bachelor- und Masterstudiengängen

20 4. Die Berücksichtigung von Genderaspekten bei der Vergabe von öffentlich finanzierten
21 Forschungsaufträgen

1 Beschluss: B11

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5 **Förderung hormonfreier Verhütung!**

6

7 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf:

8

- 9
- Sich für den Ausbau und die Förderung der Forschung zu natürlichen, hormonfreien Verhütungsmitteln einzusetzen sowie
- 10
- Anreize zu schaffen, natürliche und hormonfreie Verhütungsmittel auf den Markt zu bringen.
- 11
- 12

1 Beschluss: B12

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag und SPD-Landtagsfraktion

4

5

Kinderrechte und Recht auf Bildung wahren

6

7 Das Kindeswohl sollte im Zentrum einer humanitär ausgerichteten Migrationspolitik stehen und
8 darf auch bei Menschen mit geringer Bleibeperspektive nicht unter den Tisch fallen. Wir fordern
9 daher von Bund und Ländern:

10

11 • die Asylantragsstellung für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen (umA) soll
12 weiterhin nur am Kindeswohl ausgerichtet sein;

13 • eine Abschiebung ohne Widerruf darf nicht möglich sein, vor allem wenn Minderjährige
14 betroffen sind.

15

16 Die UN-Kinderrechtskonvention ist im derzeitigen Aufenthalts- und Asylrecht und bei
17 zukünftigen Veränderungen voll zu berücksichtigen. Ein wesentliches Menschenrecht ist das
18 Recht auf Bildung – unabhängig von Herkunft und Asylstatus. Wir fordern daher vom Land
19 Sachsen-Anhalt:

20

21 • Umsetzung der Schulpflicht auch für Kinder und Jugendliche in den
22 Landesaufnahmeeinrichtungen;

23 • die Sprachförderung und schulische Integration an den allgemein bildenden und
24 berufsbildenden Schulen des Landes durch entsprechende personelle Verstärkung
25 sicherzustellen;

26 • die Verbesserung des Zugangs für 16-/17-Jährige zu allgemeinbildenden Schulen mit der
27 Möglichkeit zu höherwertigen Schulabschlüssen, insb. Abitur;

28 • die Schaffung von Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen insbesondere
29 für über 18-Jährige.

1 Beschluss: B13

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5

Lehramtsausbildung ausbauen

6

7 Vor dem Hintergrund des Lehrkräftemangels und der zu geringen Unterrichtsversorgung fordert
8 die SPD Sachsen-Anhalt, alle Möglichkeiten zur Gewinnung von Lehrkräften zu nutzen und
9 entsprechend die Kapazitäten der Lehramtsausbildung auszubauen. In diesem Zusammenhang
10 möge sich die SPD-Landtagsfraktion dafür einsetzen, dass an der Otto-von Guericke-Universität
11 die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Qualifizierung von Seiten- und
12 Quereinsteigern für das Lehramt anzubieten. Zudem soll sie prüfen, dort die
13 Lehramtsausbildung an Gymnasien und Sekundarschulen (besonders für Mathematik und
14 Physik) wieder anzubieten.“

1 Beschluss: B14

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, AfB, AfA

4

5 **Bildungsurlaub für alle!**

6

7 Der SPD-Landesparteitag fordert den Zugang zum Bildungsurlaub zu erleichtern und bekannter
8 zu machen.

9 Dies beinhaltet insbesondere:

10

11 - Gesetzlicher Anspruch aller Arbeitnehmer*innen – egal in welchem Bundesland sie leben
12 – auf Bildungsurlaub festlegen.

13 - erleichterter Zugang zu Bildungsangeboten durch den Abbau bürokratischer Hürden

14 - aufsetzen einer bundeweiten Imagekampagne zur Information der Unternehmer*innen
15 und Arbeiter*innen über die Thematik

16 - Abschaffung der unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern

17 - Abschaffung der Sonderregelung für kleine Betriebe (Verbot für Bildungsurlaub für
18 Arbeitnehmer*innen in einem Betrieb mit weniger als 5 Beschäftigte/n)

1 Beschluss: D1

2
3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4
5 **Für die SPD ist es - auch in der Rolle der stärksten Oppositionspartei im Bundestag – prioritäre**
6 **Aufgabe, den Sozialstaat zu verteidigen und weiterhin solidarisch für mehr soziale**
7 **Gerechtigkeit zu kämpfen.**

8
9 An den Zielen einer paritätischen Bürgerversicherung muss festgehalten werden. Die jetzt vor
10 uns liegende Legislaturperiode soll dazu genutzt werden, die Grundlagen, Inhalte und
11 Bedingungen zur Umsetzung detailliert zu erarbeiten und so weitgehend vorzubereiten, dass
12 durch die öffentliche Debatte deren Einführung in der nächsten, von uns politisch zu führenden,
13 Legislatur erfolgen kann.

14
15 Die SPD tritt für die sofortige durchgehend paritätische Finanzierung (einschließlich etwaiger
16 Zusatzbeiträge) und die Abschaffung von Zuzahlungen in der gesetzlichen Kranken- und
17 Pflegeversicherung ein. Beitragsbemessungsgrenzen sind zu hinterfragen und die Einbeziehung
18 aller Einkommen in die Beitragspflicht zu prüfen.

19
20 Wir als SPD wollen eine bedarfsgerechte Versorgung mit einheitlichen Leistungen der Kranken-
21 und Pflegeversicherung und wehren uns gegen alle beitragsfinanzierten „versicherungsfremden
22 Leistungen“ in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung.

23
24 Wir als SPD werden weiterhin dafür kämpfen, dass alle gesetzlich Versicherten - unabhängig von
25 Einkommen und Wohnort – die beste medizinische und pflegerische Versorgung bekommen
26 und ihnen alle notwendigen medizinischen Leistungen im Krankheitsfalle zur Verfügung stehen.
27 Wir kämpfen gegen jede Form der „Zwei-Klassen-Medizin“ und wissen, welchen
28 Herausforderungen wir dabei in der kommenden Legislaturperiode ausgesetzt sein werden.

29
30 Wir als SPD treten für eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung
31 ein und werden diese überall dort implementieren, wo wir jetzt und/oder in Zukunft
32 Verantwortung tragen. Dabei müssen die Vorbeugung (Prävention) und die Rehabilitation –
33 ebenso wie die Pflege - in diese Planung einbezogen werden.

34
35 Die Notfallversorgung muss organisatorisch, strukturell und finanziell neu aufgestellt werden.
36 Sonst kann eine hohe Qualität in der Versorgung als auch ein wohnortnaher Zugang für alle
37 nicht gewährleistet werden.

38
39 Wir als SPD setzen uns auch künftig für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal in
40 Krankenhäusern und in der ambulanten Kranken- und Altenpflege ein und verteidigen die
41 begonnene generalisierte/ einheitliche Pflegeausbildung. Wir wollen überall dazu beitragen,
42 dass durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Pflege eine Versorgung erreicht
43 wird, welche die Würde der Kranken und Alten respektiert und sichert.

44
45 Ein Mittel um den steigenden Fachkräftebedarf im Bereich der Altenpflege zu decken, stellen
46 gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung dar. Die Einführung einer
47 Pflegevollversicherung ermöglicht und refinanziert die angestrebten verbesserten
48 Arbeitsbedingungen. Zu den guten Arbeitsbedingungen gehören auch eine bessere Bezahlung,
49 ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag, eine bessere Personalausstattung und verbindliche
50 Personaluntergrenzen.

51 **Begründung:**

52 Der Sozialstaat ist unsere Errungenschaft mit Verfassungsrang. Er sorgt für sozialen Ausgleich
53 und hat den Menschen die Sicherheit zu gewährleisten, derer sie bedürfen, um ihr Leben
54 selbstbestimmt zu gestalten. Er ist unverzichtbar.

55

Antragsbereich D – Gesundheit und Soziales

- 1 Unsere jetzige Aufgabe ist es, unsere sozialstaatlichen Grundlagen und Institutionen vor Abbau
- 2 und drohenden Eingriffen zu schützen. Deshalb werden wir jedwede Privatisierung von
- 3 Kernbereichen des Sozialwesens bekämpfen und den Ausbau einer solidarischen, sozial
- 4 gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung - auch aus der Opposition heraus - vorbereiten und
- 5 überall da vorantreiben, wo diese Aussicht auf Erfolg verspricht.
- 6
- 7 Das gilt insbesondere für den Bereich der gesetzlichen Sozialversicherungen. Deren
- 8 Selbstverwaltungsprinzip gilt es, von Grund auf als Handlungs- und Gestaltungsoption zu
- 9 begreifen und künftig besser zur Durchsetzung von mehr sozialer Gerechtigkeit zu nutzen.
- 10 Insbesondere muss zeitnah eine höhere Finanzierungs- und höhere Leistungsgerechtigkeit in
- 11 den Sozialversicherungen erreicht werden, um deren Akzeptanz insgesamt zu erhöhen. Dieser
- 12 wiederum bedarf es, um mit Aussicht auf Erfolg an dem Ziel einer paritätischen
- 13 Bürgerversicherung festzuhalten.

Antragsbereich D – Gesundheit und Soziales

- 1 Beschluss: D2
- 2
- 3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
- 4
- 5 **Stimmrecht für Patientenvertreter*innen in den Ausschüssen der gemeinsamen**
- 6 **Selbstverwaltung**
- 7
- 8 Die SPD spricht sich für eine Veränderung des § 140f im SGB V dahingehend aus, dass den
- 9 Patientensprecher*innen, welche den Ausschüssen der gemeinsamen Selbstverwaltung
- 10 be sitzen, zukünftig Stimmrecht eingeräumt wird.

1 Beschluss: D3

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5 **Bedürftige Solo-Selbstständige durch Senkung der Pflichtbeiträge für die gesetzliche**
6 **Krankenversicherung entlasten; Beiträge für Bezieher von ALG II müssen zur Kostendeckung**
7 **aufgestockt werden**

8

9 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass der von Solo-
10 Selbstständigen zu entrichtende Mindestbeitrag in der Gesetzlichen Krankenversicherung
11 (GKV) gesenkt wird. Der Beitrag zur GKV für ALG-II-Bezieher ist aufzustocken.

Antragsbereich D – Gesundheit und Soziales

1 Beschluss: D4

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5 **Bessere Kinderbetreuung zu Randzeiten ermöglichen**

6

7 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich im Rahmen der Novellierung des Gesetzes zur
8 Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege des Landes
9 Sachsen-Anhalt (Kinderförderungsgesetz – KiFöG LSA) dafür einzusetzen, bestehende
10 Betreuungsbedarfe in den Randzeiten zu erfüllen.

Antragsbereich D – Gesundheit und Soziales

- 1 Beschluss: D5
2
3 Weiterleitung an: SPD–Landtagsfraktion
4
5 **Patient*innenrechte stärken: Für die Einführung eines/einer Patient*innenbeauftragten in**
6 **Sachsen-Anhalt**
7
8 Die SPD Landtagsfraktion wird gebeten die Einführung eines/einer Patient*innenbeauftragten
9 auf Landesebene zu prüfen, um so die Rechte für Patient*innen, Pflegebedürftige sowie deren
10 Angehörige zu stärken.

1 Beschluss: D6

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5 **Rechtssicherheit für Tätowierer*innen, Piercer*innen und Verbraucher schaffen**

6

7 Die SPD strebt eine bundesweit einheitliche Regelung für die Ausübung der Tätigkeit der
8 Tätowierer*innen und Piercer*innen an. Sie setzt sich für eine Mindestzertifizierung in diesen
9 Bereichen ein, fordert jedoch weitergehende Schritte:

10

11 1. Ähnlich wie bei Gewerben aus der Gastronomie, z.B. mobilen Imbiss-Ständen, muss vor der
12 Erstinbetriebnahme eines Studios eine Abnahme durch das Gesundheitsamt erfolgen.

13

14 2. Neue Gewerbe bzw. Studios dürfen nur in Betrieb genommen werden, wenn ein Nachweis
15 über einen Erste-Hilfe-Kurs und über Kenntnisse im Bereich des Infektionsschutzes und der
16 Sterilisation erbracht worden sind.

17

18 3. Bereits existierende Studios, bei denen einer oder mehrerer dieser Nachweise fehlen, müssen
19 für alle dort tätigen Tätowierer*innen diese innerhalb einer bestimmten Frist nachreichen, bzw.
20 ihre Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.

21

22 4. Ein Rahmenhygieneplan wie er vom Länder-Arbeitskreis zur Erstellung von Hygieneplänen
23 nach § 36 IfSG erarbeitet wurde ist von jedem/jeder Tätowierer*in und Piercer*in verpflichtend
24 einzuhalten und vorzuweisen.

25

26 5. In den zuständigen Fachministerien ist zu prüfen welche dieser Schritte bereits auf
27 Länderebene umgesetzt werden können, um diese dann in Sachsen-Anhalt in Kraft zu setzen.

28

29 6. Langfristig wird von den zuständigen Stellen geprüft wie ein neuer Ausbildungsberuf für die
30 Tätigkeit des Tätowierens und Piercens geschaffen werden kann, um der Komplexität des Berufs
31 in Bereich wie Materialkunde, Chemie, Anatomie und Hygiene ebenso Rechnung zu tragen wie
32 den Aspekten des Kunsthandwerks, die die Tätigkeit umfasst.

1 Beschluss: D7

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5 **Heilpraktiker*innenausbildung jetzt einheitlich regeln**

6

7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine umfassende Reform der mit dem
8 Beruf der Heilpraktiker*innen in Zusammenhang stehenden Regelungen einzusetzen und dabei
9 sowohl eine Reform des Berufsbildes an sich, als auch der Ausbildung anzustreben.

10

11 Insbesondere sind bei der Novelle des Heilpraktikergesetzes die folgenden Punkte zu beachten:

12

- 13 1. Schaffung einer einheitlichen Berufsausbildung inklusive eines bundesweit
14 einheitlichen Ausbildungsinhaltes und der Überarbeitung der
15 Ausbildungsvoraussetzungen hin zu modernen Standards der Berufsausbildung. Dies
16 beinhaltet auch den Wegfall der bisherigen Altersgrenze von mindestens 25 Jahren.
- 17 2. Einführung einer geschützten Berufsbezeichnung „Heilpraktiker/ Heilpraktikerin“.
- 18 3. Entwicklung von geeigneten Übergangsmöglichkeiten für bereits praktizierende
19 Personen, deren Ausbildung nicht die neu zu schaffenden Standards erfüllt, wobei der
20 Schutz der Patient*innen dabei voran vor der beruflichen Entfaltung der einzelnen hat.

21

22 Im Rahmen der Gesetzesnovelle soll insbesondere darauf geachtet werden, dass die Sicherheit
23 von Patient*innen weiter gestärkt und das Berufsbild eindeutiger abgegrenzt wird.

24

25 Vorbildcharakter für die Ausbildung kann dabei zum Beispiel die des Heilpraktikerverbandes
26 Bayern e.V. haben, welcher bereits heute auf eine dreijährige Ausbildung setzt.

1 Beschluss: D8

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5

Kostenübernahme von Verhütungsmitteln

6

7 Familienplanung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Die SPD-Bundestagsfraktion wird
8 daher gebeten sich für die Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln für sozial
9 Benachteiligte einzusetzen.

10

Begründung:

11

12
13 Mit der Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes im Jahre 2004, stiegen die Kosten
14 für Verhütungsmittel und die finanziellen Übernahmen von Verhütungsmitteln für ALG II- und
15 Sozialhilfeempfänger*innen entfielen. Durch diese Neuregelungen stellten sich finanzielle
16 Mehrbelastungen für die genannten Personengruppen ein.

17

18 Die derzeitige Lage zeigt, dass es zwar geringfügige Kostenübernahmen auf regionaler oder
19 kommunaler Ebene gibt, diese jedoch uneinheitlich und unübersichtlich geregelt sind. Aus einer
20 Umfrage von 2010 von profamilia geht hervor, dass lediglich 59 der 181 deutschlandweiten
21 profamilia-Beratungsstellen eine Teilfinanzierung von Verhütungsmitteln übernehmen können.
22 Lediglich in Berlin können ALG II- und Sozialhilfeempfänger*innen, sowie Schüler*innen,
23 Auszubildende, Studierende eine komplette Finanzierung von ärztlich verordneten
24 Verhütungsmitteln beantragen.

25

26 Für das Land Sachsen-Anhalt gibt es derzeit nur geringfügige Regelungen zur Kostenübernahme
27 von Verhütungsmethoden. Diese sieht finanzielle Unterstützungen nur für Frauen* mit
28 Behinderungen vor, die in Einrichtungen leben.

29

30 Da diese Verordnung eine Vielzahl von Personengruppen ausschließt, wird es Zeit eine gesetzlich
31 festgeschriebene und gerechte Neuregelung zu erwirken. Als Orientierung könnten Regelungen
32 und Verordnungen der Berliner Gesundheitsämter dienen. Eine weitere Lösung wäre eine
33 staatliche Ausfinanzierung von profamilia-Beratungsstellen, hinsichtlich der Kostenübernahme
34 und/oder Ausgabe von Verhütungsmitteln. Bezüglich der Vorteile einer vollen finanziellen
35 Übernahme, sind die Reduzierung von ungewollten Schwangerschaften, sowie
36 Schwangerschaftsabbrüchen zu nennen.

37

38 Fest steht, dass Frauen* und Männer* ein Recht auf die freie Wahl der Verhütungsmethode und
39 Familienplanung haben und diese nicht durch finanzielle Mittel eingeschränkt werden dürfen.

1 Beschluss: D10

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5

Bundesteilhabegesetz novellieren – Ungerechtigkeiten beenden

6

7 Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen sehen sich auch heute noch mit einer Vielzahl
8 an Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen konfrontiert. Einige dieser ergeben sich aus der
9 aktuellen Fassung des Bundesteilhabegesetzes und sollten im Zuge der kommenden Novelle
10 dringend und vollständig abgebaut werden. Zudem sollen im Zuge dieser Reform weitere
11 Verbesserungen auf dem Weg zu einem diskriminierungsfreien und selbstbestimmten Leben
12 erreicht werden. Im Einzelnen handelt es sich um nachfolgende Punkte:

13

14 • Die Begrenzung von Einkommen und Vermögen auf eine Sparsumme von 2.600 Euro für
15 auf Assistenz angewiesene Personen und ihre Ehe- bzw. Lebenspartner*innen muss
16 ersatzlos abgeschafft werden.

17 • Die Inanspruchnahme von Assistenzhilfen wird zukünftig unabhängig von Einkommen
18 und Vermögen gewährt. Beides wird für die Gewähr dieser Unterstützung nicht
19 herangezogen. Vorbildcharakter für eine derartige Regelung könnte zum Beispiel die
20 Gesetzgebung des schwedischen Sozialstaates haben, wo die unabhängig von diesen
21 finanziellen Verhältnissen gewährt wird.

22 • Die Strukturen der Elternunterstützung sollen gestärkt werden. Hierzu zählt neben
23 einem Ausbau der unabhängigen Beratungslandschaft auch die Etablierung einer
24 Elternassistenz.

25 • Das bisher bestehende Blindengeld ist vollständig in ein Teilhabegeld umzuwandeln,
26 was allen Menschen mit Behinderungen gleichermaßen zur Verfügung steht.

27 • Das Teilhabegeld soll, im Gegensatz zum bisherigen Blindengeld, bundeseinheitlich
28 geregelt und somit auch ohne regionale Diversitäten etabliert werden.

1 Beschluss: D11

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand

4

5 **Umsetzung von Inklusion im Rahmen der Evaluation des KiFöGs mit betrachten**

6

7 Entsprechend des Koalitionsvertrages ist eine Evaluation des Kinderförderungsgesetzes bis Ende
8 2017 vorgesehen. SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich im
9 Rahmen dieser Evaluation dafür einzusetzen, dass insbesondere die Umsetzung der Inklusion in
10 den Einrichtungen, welche vom Kinderförderungsgesetz erfasst werden, zu untersuchen und
11 entsprechende Handlungsempfehlungen herzuleiten.

1 Beschluss: D12

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5

Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen!

6

7 Die Landtagsfraktion wird gebeten eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung in
8 Sachsen-Anhalt sicherzustellen. Diese sollte u.a. Folgendes beinhalten:

9

- 10 • Erstellung eines Gutachtens zur Zukunft einer geschlechtergerechten
11 Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt
12 • Einführung geschlechtergerechter Präventionsprogramme
13 • Erhebung gendersensibler Daten im Bereich des Gesundheitswesens
14 • Finanzierungsanreize für Start-ups setzen: z.B. für Förderung von (Frauen)gesundheits-
15 App

1 Beschluss: D13

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5

Gewaltfreies Aufwachsen für Kinder: Aktionsplan für Sachsen-Anhalt

6

7 Wir fordern die Landtagsfraktion und die SPD-geführten Ministerien auf, ein umfassendes
8 Präventions- und Bewältigungsprogramm zur Reduzierung der Gewalt und des Missbrauchs an
9 Heranwachsenden in Form eines Aktionsplanes auf die Beine zu stellen. Ziel ist es, Kindern und
10 Jugendlichen ein gewaltfreies Aufwachsen zu ermöglichen und damit die gesamten
11 Entwicklungschancen von Heranwachsenden voll entfalten zu können.

12

13 Dazu gehören insbesondere:

14

- Personelle und finanzielle Stärkung der Jugendämter

15

- Festigung und Ausbau von Präventionsprogrammen

16

- Flächendeckende psychische und gesundheitliche Beratung und
17 Unterstützungsangebote

17

- Stärkung der Koordinierungsstellen der Lokalen Netzwerke in den Kommunen, die 6
18 bereits jetzt ein zentrales Netzwerk der Frühen Hilfen bilden

19

20

- Betreuung der betroffenen Familien, sowohl als Betroffene als auch als Täter

21

22

- Einführung eines Gesamtplans

1 Beschluss: D14

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion

4

5 **Moderne Adoption – auch ohne Trauschein**

6

7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Novellierung des Adoptionsrechtes
8 einzusetzen und dabei die Adoption unabhängig vom Familienstand zu ermöglichen. Die
9 Existenz einer Ehe bzw. eingetragene Lebenspartnerschaft darf dabei nicht mehr Voraussetzung
10 für die Möglichkeit zur (Stiefkind-)Adoption sein.

1 Beschluss: S1

2

3

Geschlechterquotierte Landesliste

4

5 Die SPD Sachsen-Anhalt folgt dem positivem Beispiel der Landesverbände Niedersachsen,
6 Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und
7 Schleswig Holstein und führt zur Landtagswahl 2021 erstmalig die 50% geschlechterquotierte
8 Landesliste ein, nach der alternierend eine Frau und ein Mann aufgestellt werden.

9

10 In der Landessatzung wird daher der §10 Abs. 4 (b) geändert durch folgenden Text:

11 „Bei der Aufstellung des Wahlvorschlages findet §4 Abs. 2 der Wahlordnung der SPD Anwendung
12 (Reißverschluss).“

1 Beschluss: E2

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5 **Bundesprogramm „Demokratie Leben“**

6

7 Das Land Sachsen-Anhalt stellt den Erhalt der lokalen „Partnerschaften für Demokratien“ sicher,
8 die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ entstanden sind

9

10 Der Eigenanteil der Kommunen darf nicht länger eine Unsicherheit für diese Projekte darstellen,
11 da die Demokratie-Bildung im Interesse des Landes ist.

1 Beschluss: E5

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

4

5

Supergrundrecht auf Freiheit endlich effektiv schützen!

6

7 Die SPD setzt sich in dieser großen Koalition mit großem Engagement dafür ein die Sicherheit
8 und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu schützen. Unserer Meinung nach,
9 gehen die getroffenen Maßnahmen aber nicht weit genug!

10 Daher fordern wir eine zeitnahe Umsetzung (im geübten parlamentarischen Eilverfahren zum
11 Abbau von Grundrechten) folgender Maßnahmen:

- 12 • Verteilung von mit Mikrofonen ausgestatteten Halsbändern, zur Abhörnung von
13 nichtelektronischer verbaler Kommunikation, an alle Bürgerinnen und Bürger
14 (sogenannte Staatswanze)
- 15 • Die Deutsche Post wird verpflichtet sämtliche Briefe (sogenannte nichtelektronische
16 schriftliche Kommunikation) vor dem Versand zu öffnen und einzuscannen. Die Daten
17 müssen mindestens sechs Monate lang gespeichert und den Sicherheitsbehörden zur
18 Verfügung gestellt werden.
- 19 • Abschaffung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik
- 20 • Anbieter von Software müssen mögliche Sicherheitslücken dem Bundesinnenminister
21 melden. Dieser entscheidet dann darüber, ob diese Lücken geschlossen oder von den
22 Sicherheitslücken genutzt werden sollen.
- 23 • Verbot von Fernsehgeräten und Monitoren ohne direkten Zugang zum Internet

1 Beschluss: E6

2

3 Weiterleitung an: SPD Landtagsfraktion

4

5 **Einsatzkräfte sowie Kinder- und Jugendfeuerwehrwarte der Freiwilligen Feuerwehren**

6

angemessen entschädigen

7 Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren leisten einen wichtigen Dienst für die Sicherheit
8 der Menschen in Sachsen-Anhalt. Sie erfüllen ehrenamtlich eine kommunale Pflichtaufgabe. Für
9 diese sind sie angemessen zu entschädigen.

10 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, darauf zu drängen, dass eine solche Entschädigung
11 nicht an kommunalrechtlichen oder kommunalaufsichtlichen Hindernissen scheitert.

12 Die SPD-Kommunalpolitiker sind aufgefordert in den Kommunen auf eine angemessene
13 Entschädigung zu drängen, die auch die Einsatzbelastung und die konkreten örtlichen
14 Verhältnisse berücksichtigt.

1 Beschluss: E8

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5 **TÜV-Pflicht für kommerzielle Spielplätze einführen**

6

7 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert den im Koalitionsvertrag vereinbarten
8 Opferhilfefonds umzusetzen, der u.a. im Falle von Zahlungsunfähigkeit der tatverantwortlichen
9 Person Leistungen analog des Unterhaltsvor-schusses enthält.

1 Beschluss: E9

2

3

**Beteiligung des Bundes an den Investitionen für Brandschutz und Hilfeleistung an den
Verkehrswegen des Bundes**

4

5

6 Der Bund soll sich zukünftig, über das Ausstattungskonzept für den bundeseigenen
7 Katastrophenschutz im Zivilschutz hinaus, angemessen an der Neu- und Ersatzbeschaffung von
8 Technik der Feuerwehren beteiligen, die Aufgaben von Brandschutz und Hilfeleistung auf
9 Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen erfüllen. Die Deutsche Bahn AG soll
10 bundesrechtlich verpflichtet werden, sich an der Neu- und Ersatzbeschaffung von Technik der
11 Feuerwehren zu beteiligen, die diese zusätzlich benötigen, weil sie Aufgaben von Brandschutz
12 und Hilfeleistung auf deren Hochgeschwindigkeitsstrecken wahrnehmen.

1 Beschluss: E11

2

3 Weiterleitung: SPD-Landtagsfraktion

4

5

Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Landesverfassung

6

7 Die SPD Sachsen-Anhalt steht zu unserer freiheitlichen und pluralistischen Demokratie und setzt
8 sich gegen rassistische und menschenfeindliche Einstellungs- und Handlungsformen ein. Dafür
9 soll der Kampf gegen rassistische und menschenverachtende Kräfte und der Schutz einer
10 vielfältigen Gesellschaft verfassungsrechtlichen Rückhalt erfahren.

11

12 Dazu ist die Landesverfassung um den Schutz des friedlichen Zusammenlebens der Menschen,
13 das Verbot der Verbreitung rassistischen und menschenfeindlichen Gedankenguts und das
14 Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität zu ergänzen.

1 Beschluss: E13

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5

Reform des Mordparagraphen

6

7 Die Bundestagsfraktion soll sich für eine tatsächliche Reform des Mord-, sowie des
8 Totschlagsparagraphen einsetzen.

9

10 Hierbei sollen die bestehenden Mordmerkmale, insbesondere der niederen Beweggründe und
11 der Heimtücke überarbeitet werden. Die erhöhte Strafwürdigkeit von bestimmten Motiven,
12 kann über die Schaffung von Regelbeispielen und die damit einhergehende Strafzumessung
13 gelöst werden.

1 Beschluss E14

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5 **Massentötung von männlichen Küken beenden**

6

7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

8

- 9 • Der Stoßrichtung der Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu folgen und
10 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes sowie der
11 Tierschutzschlachtverordnung vorzulegen, der klarstellt, dass das Töten männlicher
12 Küken spezialisierter Legerassen aus wirtschaftlichen Erwägungen keinen vernünftigen
13 Grund entsprechend des Tierschutzgesetzes darstellt und demnach untersagt wird
14
- 15 • Die Entwicklung praxistauglicher Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Ei für eine
16 flächendeckende Anwendung in Brütereien zu fördern und Förderprogramme
17 aufzulegen, um kleinen und mittelständischen Brütereien die Investition in technische
18 Anlagen zur Geschlechter-Früherkennung im Ei zu erleichtern

1 Beschluss: E15

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5

6

Tauben sind keine Schädlinge

7 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Streichung des §1 Absatz 1 Nr. 2 d der
8 Verordnung über die Feststellung und Bekämpfung eines Befalls mit tierischen Schädlingen
9 (Schädlingsbekämpfungsverordnung – SchädBekVO) einzusetzen.

1 Beschluss: E16

2
3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4
5 **Tierschutz ist Erziehung zur Menschlichkeit**

6
7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

8
9 1.) Tieren in der Landwirtschaft ein würdiges Dasein zu ermöglichen :

- 10
11 • Regelungen zu schaffen, die die landwirtschaftlichen Produktionsweisen an die
12 Bedürfnisse der Tiere anpassen – statt umgekehrt.
13 • Das Enthornen von Rindern, das Abkneifen der Ringelschwänze bei Schweinen und das
14 Kupieren von Schnäbeln bei Geflügel verbieten.
15 • Die Tiere müssen in den Ställen genug Platz, Auslauf und Beschäftigung haben.
16 • Die personelle Ausstattung der Veterinärämter und der Gewerbeaufsicht muss
17 verbessert werden.

18
19 2.) Haltung von Heimtieren und Situation der Tierheime verbessern

- 20
21 • Konsequentes Vorgehen gegen den illegalen Welpenhandel, dies kann durch eine
22 Anpassung der Tierseuchenbestimmung und per bundesweiter Rechtsverordnung mit
23 Vorschriften zur Kennzeichnung und Registrierung von Haustieren erfolgen.
24 • Um die unkontrollierte, unerwünschte Fortpflanzung von freilaufenden Katzen
25 einzudämmen, muss im Tierschutzgesetz eine bundesweite, flächendeckende Regelung
26 zur Kastration getroffen werden.
27 • Schaffung eines Hilfsfonds für Tierheime und Gnadenhöfe, um die öffentlichen
28 Aufgaben der Länder und Kommunen weiterhin wahrnehmen zu können.

29
30 3.) Haltung von Wildtieren verbessern

- 31
32 • Die Tierhaltung im Zirkus ist zu verbessern. Zirkusunternehmen sollen nur noch die Tiere
33 halten dürfen, die dort art- und bedürfnisangemessen ernährt, gepflegt und
34 verhaltensgerecht untergebracht werden können. Diese müssen per Positivliste benannt
35 werden. Wildtiere haben im Zirkus nichts zu suchen.
36 • Die Haltung von Delfinen in Deutschland sowie deren Einfuhr muss untersagt werden.
37 • Umsetzung eines neuen Säugetiergutachtens, sowie dessen Wirksamkeit regelmäßig
38 prüfen und rechtsverbindliche Regelungen zur artgerechten Haltung von Tieren in Zoos
39 zu erlassen.
40 • Die Erlaubnisanforderung für Tierbörsen muss verschärft werden und der Import von
41 exotischen Tieren und Wildfängen muss verboten werden.
42 • Pelzfarmen in Deutschland verbieten und für ausländische Produkte muss eine einfache
43 Kennzeichnung eingeführt werden, woran ein*e Konsument*in sofort erkennt, ob es sich
44 um Fell und was für Fell es sich handelt.

45
46 4.) Verbraucherschutz und Tierschutz endlich ernst nehmen:

- 47
48 • Eine verlässliche und transparente Tierhaltungskennzeichnung für alle Lebensmittel und
49 eine Herkunftskennzeichnung für Fleisch muss eingeführt werden, damit die
50 Konsumenten auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden.
51 • Import-Verbot von Produkten der Nachkommen geklonter Tiere
52 • Verbrauchertäuschende Werbung und Produktaufmachungen, die Auslauf und
53 tiergerechte Haltung vorgaukeln sind zu verbieten.
54 • Die unterschiedliche Besteuerung von Kuhmilch und pflanzlicher Milchdrinks (wie Soja-,

- 1 Reis- oder Haferdrinks) ist aufzuheben, so dass pflanzliche Milch nicht länger höher
- 2 besteuert wird.
- 3 • Brandzeichen bei Pferden, den sogenannten Schenkelbrand sind zu untersagen. Es gibt
- 4 keinen vernünftigen Grund, Pferden Verbrennungen dritten Grades zuzuführen, zumal
- 5 es zuverlässigere Kennzeichnungsmethoden gibt, die gesetzlich vorgeschrieben sind.

Antragsbereich E – Innen-, Außen- und Rechtspolitik

1 Beschluss: E17

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, S&D Fraktion

4

5 **Tierversuche beenden!**

6

7 Die SPD-Bundestagsfraktion und die S&D Fraktion im Europäischen Parlament werden

8 Tierversuche auf das Mindestmaß zu beschränken und sich für Alternativen einzusetzen.

1 Beschluss: E18

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5 **Bundesweites Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine**

6

7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für ein bundesweites Verbandsklagerecht einzusetzen.

8

1 Beschluss: E19

2

3

Interkulturelle Öffnung des Bestattungswesens

4

5 Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Bestattungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
6 dahingehend geändert wird, sodass zukünftig Bestattungen unter Berücksichtigung des
7 Empfindens der Bevölkerung und der Glaubensgemeinschaft, der die zu Bestattenden
8 angehören, vorgenommen werden können.

1 Beschluss: E21

2

3 Weiterleitung an: S&D Fraktion, Ausschuss der Regionen

4

5 **Landeswahlrecht für EU-Bürger*innen öffnen**

6

7 Die S&D Fraktion wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass im Vertrag über die Arbeitsweise der
8 Europäischen Union der § 22 Absatz (1) AEUV so angepasst wird, dass EU-Bürger*innen, die ihren
9 Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat haben, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen,
10 ebenfalls an Landtagswahlen / Regionalwahlen teilnehmen können.“

1 Beschluss: E22

2

3

Für eine lebendige Erinnerungskultur in Sachsen-Anhalt – Gegen das Vergessen

4

5 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert Landtag und Landesregierung auf, die Aufklärungsarbeit der
6 Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Landeszentrale für politische Bildung über die
7 einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur und über die schweren
8 Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-
9 Diktatur nachhaltig zu unterstützen und zu stärken.

10

11 Dabei spielen die bestehenden und künftigen Gedenkstätten als Orte des Gedenkens, der
12 Erinnerung, des Lernens und der Mahnung eine Schlüsselrolle.

13

14 • Wir begrüßen die Aufnahme der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg und der Gedenkstätte
15 Feldscheune Isenschubbe in die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Beide stehen
16 für historisch besonders bedeutsame Aspekte der NS-Gewaltherrschaft und -
17 Vernichtungspolitik. Mit der Entscheidung für die Errichtung neuer
18 Dokumentationszentren und der Einstellung zusätzlichen wissenschaftlichen und
19 pädagogischen Personals hat das Land sowohl die wissenschaftliche Erforschung der NS-
20 Verbrechen im heutigen Sachsen-Anhalt gestärkt als auch die Zugangsmöglichkeiten für
21 junge Menschen zu den historischen Hintergründen erheblich erweitert.

22

23 • Wir befürworten grundsätzlich die Aufnahme weiterer Gedenkstätten und -orte und
24 setzen uns für die Erforschung der historischen Grundlagen vor Ort, die Erschließung und
25 Sicherung vorhandener Überreste und die Erarbeitung pädagogischer Konzepte ein. Wir
26 setzen uns für die verstärkte finanzielle und fachliche Unterstützung von
27 Trägervereinen, Geschichtsinitiativen und -projekten ein, die unverzichtbare
28 Bewahrungs- und Erinnerungsarbeit leisten.

29

30 • Wir begrüßen die intensive Nutzung der Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt als Lernorte
31 durch die Schulen unseres Landes und appellieren an die Landesregierung,
32 Gedenkstättenfahrten und Projekte in den Gedenkstätten dauerhaft finanziell zu
33 fördern. Fahrten in Gedenkstätten von europäischer Bedeutung wie Auschwitz und
34 Buchenwald sollen ebenfalls weiter gefördert und unterstützt werden.

1 Beschluss: E24

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5

Das Grundrecht auf Familie ist nicht verhandelbar – Familiennachzug ermöglichen

6

7 Neben einer beruflichen Perspektive sind der Schutz der Ehe und Familie als wesentliche
8 Faktoren für eine gelungene Integration anerkannt und geschützt. Artikel 6 des Grundgesetzes
9 misst der Familie einen besonderen Schutz zu. Die EU-Familienzusammenführungsrichtlinie
10 (2003/86/EG) beschreibt den Kerngedanken der Bedeutung der Familie. Darin wird die
11 Familienzusammenführung als notwendige Voraussetzung für ein Familienleben beschrieben.
12 Sie trage zur Schaffung soziokultureller Stabilität bei und unterstütze die Integration von
13 Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedsstaat. Diesem Gedanken wird auch in Art. 6 GG und
14 Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) Rechnung getragen.

15

16 Das Schicksal von Menschen, die bereits durch ihre Fluchterfahrung und die notwendige
17 Neuorientierung vor großen Herausforderungen stehen, darf kein Spielball politischer
18 Verhandlungen werden. Wer Integrationsbereitschaft fordert, muss Voraussetzungen für
19 gelingende Integration schaffen. Wenn Flüchtlingskinder nicht nur ohne ihre Eltern bei uns
20 leben müssen, sondern auch um Leib und Leben ihrer Familien z.B. in Syrien bangen müssen,
21 wird die kindliche Entwicklung als auch der Integrationsprozess erschwert.

22

23 Wir stehen dazu, dass auch Geflüchtete mit subsidiären Schutzstatus eine dauerhafte
24 Lebensperspektive in Deutschland erhalten und gleichberechtigten Zugang zu allen
25 Integrationsangeboten erhalten.

26

27 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert daher ein Ende jeglicher Einschränkungen der
28 Familienzusammenführung. Familiennachzug verstehen wir nicht als Belastung, sondern als
29 Motor der Integration.

1 Beschluss: E25

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5

6 **Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich**

7

8 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert sich für eine Quote zur Herstellung von
9 Geschlechterparität in den künstlerischen Beiräten, Gremien und Vorständen der öffentlich
10 geförderten Kunst- und Kultureinrichtungen des Landes einzusetzen.

11 Bei der Vergabe von Preisen und Stipendien soll in Zukunft ein ausgewogenes
12 Geschlechterverhältnis gewährleistet werden. Dafür sind die Kriterien zur Vergabe von
13 Stipendien und Preisen darauf hin zu überprüfen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
14 möglich ist und keine Nachteile durch die Inanspruchnahme von Erziehungszeiten entstehen.
15 Das könnte bsp. durch die Einführung eines erhöhten Familienstipendiums bei der Kunststiftung
16 und anderen Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt bei auswärtigen Stipendien erreicht
17 werden.

17

18 Bei der Besetzung von leitenden Positionen – auch bei kommunalen Kultureinrichtungen wie
19 den Theatern und Orchestern und den öffentlich-rechtlichen Stiftungen – ist auf
20 Geschlechtergerechtigkeit zu achten. Zur Förderung der Bewerbung von Frauen soll die
21 Einrichtung eines Mentoring-Programms und die Stärkung von Netzwerken geprüft werden.

1 Beschluss: E26

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5

Populisten entgegentreten – Solidarität statt Hetze

6

7 Der Wahlkampf hat erneut gezeigt, dass die Themen Flucht und Asyl nach wie vor in vielen
8 gesellschaftlichen Diskursen virulent sind. Häufig wurde der Wahlkampf auf dem Rücken
9 geflüchteter Menschen und ohne Rücksicht auf Fakten ausgetragen. Im Ergebnis zieht eine
10 rechtspopulistische, in Teilen rechtsextreme Partei in den Bundestag ein und wird das Parlament
11 als Plattform für Hetze und Ausgrenzung nutzen. Sie, ihre Jugendorganisationen und Stiftungen
12 sind keine Partner zur Zusammenarbeit – weder auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene.

13

14 Im Kampf gegen Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit sind Zivilcourage im Alltag,
15 zivilgesellschaftliches Engagement und Präventionsmaßnahmen mindestens genauso wichtig
16 wie repressive Maßnahmen von Polizei und Sicherheitsbehörden. Die SPD unterstützt die Arbeit,
17 die zur Aufklärung und Entzauberung populistischer Botschaften beiträgt. Die SPD setzt sich
18 deshalb ein für eine Stärkung und Anerkennung von Initiativen, Projekten und
19 Beratungsangeboten, die sich gegen Rechtsextremismus und -populismus engagieren,
20 Betroffene rechter Gewalt beraten, Ausstiegs- und Distanzierungsprozesse aus rechtsextremen
21 Szenen begleiten und Kommunen und Engagierte unterstützen. Wir brauchen ein
22 Demokratiefördergesetz, welches die Arbeit gegen Rechts langfristig auf gesetzliche Füße stellt.
23 Damit könnte der Bund die Länder auch finanziell unterstützen. Dies scheint mit Blick auf einige
24 von rechter Gewalt und Rechtspopulismus besonders betroffene Bundesländer, welche alleine
25 die Lage nicht mehr bewältigen können, angezeigt.

26

1 Beschluss: E27

2

3

Diskriminierung aktiv bekämpfen:

4

Unabhängiges Beschwerdemanagement gegen Diskriminierung einrichten

5

6 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass Opfer von Diskriminierung Zugang zu einem
7 unabhängigen Beschwerdemanagement erhalten nach AGG in jedem Landkreis. Dabei sollen
8 bestehende Angebote möglichst ausgebaut werden, anstatt Doppelstrukturen zu schaffen.

9

10 Damit soll sichergestellt werden, dass die zahlreichen unterschiedlichen Gruppen ohne Angst
11 vor negativen Konsequenzen eine Ansprechperson haben, die sie bei der möglichen juristischen
12 Aufarbeitung berät.

13

14 Das entstehende Netzwerk soll darüber hinaus Bildungsaufgaben übernehmen und somit
15 Diskriminierungsprävention betreiben und für eine nachhaltige Sensibilisierung für die
16 unterschiedlichen Formen von Diskriminierung führen.

17

18 Die sichere Finanzierung der Beschwerdestellen muss Aufgabe des Landes sein und langfristig
19 gefördert werden.

20

21 So können wir Diskriminierung aktiv bekämpfen!

1 Beschluss

F1

2

3

Sinnvolle Vergaberichtlinien im SPNV durch die NASA Sachsen-Anhalt

4

5 Trotz festgelegten Parametern bei Ausschreibungen, kommt es im Regelbetrieb immer wieder
6 zu Problemen im schienenbezogenen Personennahverkehr.

7 Daher sind bei künftigen Vergaben im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs die
8 Ausschreibungen so zu gestalten, dass zwischen den Eisenbahnunternehmen keine
9 Ungleichgewichte entstehen, als auch der Kunde nicht die Lasten einer „preisgünstigsten
10 Vergabe“ tragen muss. Hierzu zählen Anpassungen in den Bereichen:

11

- 12 • Eine Neubeschaffung von Fahrzeugen für jede Vergabeperiode ist nicht möglich. Das
13 Wagenmaterial, welches länger als eine Vergabeperiode nutzbar ist, soll weitergegeben
14 werden (Eine Aufarbeitung des Materials ist möglich)
- 15 • Eine ausreichend große Fahrzeugreserve muss geschaffen werden, um genügend
16 Spielraum bei technischen Defekten oder anderen Ausfällen zu gewähren
- 17 • Die Mindestanzahl an Zugpersonal muss erhöht werden, damit es nicht zu Ausfällen bei
18 Urlaub und Krankheit kommt.
- 19 • Öffentliche Auftraggeber sollen dazu verpflichtet werden, dass entsprechend §11 des
20 Vergabegesetzes der ausgewählte Betreiber eines öffentlichen Dienstes die
21 Arbeitnehmer des bisherigen Betreibers zu den bisherigen Arbeitsbedingungen
22 übernimmt.

23

24 Weiterhin ist zu prüfen, ob Ausschreibungen für Fahrzeuge des SPNV nicht zentral durch die
25 vergebende Verkehrsgesellschaft erfolgen sollten, unabhängig von möglichen Betreibern. Die
26 wirtschaftlichste Nutzung von Fahrzeugen kann so garantiert werden und kein Unternehmen
27 hätte einen Nachteil wegen potentieller Neuanschaffungen.

1 Beschluss: F2

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktion

4

5

Azubi-Ticket und Studierenden-Ticket

6

7 Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich ein für:

8

- 9 1. ein Azubi-Ticket. Damit sollen Auszubildende kostenfrei zwischen Wohn- und
10 Berufsschulstandort fahren können.
- 11 2. ein Studierenden-Ticket. Damit sollen Studierende kostenfrei zwischen Wohn- und
12 Hochschulstandort fahren können.“

1 Beschluss: F3

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5 **Luftsicherheit in staatliche Hände geben**

6

7 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Streichung des § 16a des
8 Luftsicherheitsgesetzes einzusetzen.

1 Beschluss: F4

2

3

Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland

4

5 Für die Zukunft des ländlichen Raumes und des ganzen Landes ist ein Aktionsprogramm für
6 gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu initiieren und die gezielte Förderung
7 strukturschwacher Regionen durch innovative ländliche Entwicklungspolitik weiter zu
8 entwickeln. Die Politik für die ländlichen Räume muss in der Sozialdemokratie wieder mehr
9 Gewicht erhalten. Die Sicherung der Infrastruktur zur Daseinsvorsorge, wie das Vorhalten der
10 medizinischen Versorgung und ein ausreichendes und nahes Angebot von Kindertagesstätten
11 und Schulen sind dabei entscheidend. Gleiche Chancen und Voraussetzungen wie in den
12 Metropolen und Ballungsräumen sind eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Die Menschen vor Ort
13 sollen mehr Einfluss auf die Entwicklung ihrer Region bekommen, da diese oft viel besser wissen,
14 was unbedingt gefördert werden sollte, damit der ländliche Raum sich zukunftsfähig
15 weiterentwickeln kann. Mit dem Aktionsprogramm wollen wir ein gesamtdeutsches System zur
16 Verbesserung der Förderung strukturschwacher Regionen schaffen. Es soll dazu dienen, deren
17 wirtschaftliche Entwicklung, regionale Innovationspotenziale und die örtliche Infrastruktur zu
18 stärken. Gute Breitbandversorgung und ein leistungsfähiges Netz für ländliche Räume ist
19 unabdingbare Voraussetzung für die Nutzung und Weiterentwicklung digitaler Anwendungen.
20 Zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Entwicklung der ländlichen Räume
21 brauchen wir eine innovative, ressortübergreifende Politik.

1 Beschluss: O1

2

3 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

4

5

6

Einführung von online-organisierten Themenforen

7 Jedes Parteimitglied soll sich unbürokratisch in einer festgelegten Anzahl an Online-
8 Themenforen beteiligen können. Dazu werden Themenforen zu verschiedenen Politikbereichen
9 (z. B. Arbeit, Umwelt, Digitales) eingerichtet, die jedes Parteimitglied einsehen darf. Jedes
10 Themenforum entscheidet für sich, wieviele Unterforen eingerichtet werden und auch,
11 inwiefern sich diese zeitlich und inhaltlich beschränkt oder unbeschränkt für Nicht-
12 Themenforenmitglieder oder gar Nicht-Parteimitglieder öffnet.

13

14 Die Online-Themenforen sollen nicht nur die konkrete inhaltliche Sacharbeit an Texten
15 ermöglichen. Vielmehr sollen diese auch der Vernetzung dienen, in dem Online-Konferenzen,
16 Chats, aber auch klassische Konferenzen vor Ort ermöglicht werden.

17

18 Der SPD-Parteivorstand wird damit beauftragt, Online-Themenforen technisch, konzeptionell
19 und parteirechtlich umzusetzen und spätestens im 1. Halbjahr 2019 einzuführen.

1 Beschluss: O3

2

3

Ideenmanagement – gemeinsam innovativ

4

5 Der Parteivorstand entwickelt ein Ideenmanagement für die SPD. Hier können Mitglieder,
6 einzeln oder in der Gruppe, ihre Ideen online einreichen. Gesammelt werden Ideen, welche

7

8 • die Arbeitsabläufe oder die Kommunikation innerhalb der SPD,

9 • mit der SPD,

10 • die Kommunikation und Responsivität mit Bürgerinnen und Bürgern

11 • sowie die Umsetzung von Kümmerer-Arbeit

12

13 vereinfachen oder verbessern. Eingereichte Ideen sind transparent und offen für andere sichtbar
14 und können bewertet und kommentiert werden. Über ein hauptamtliches Steuerungsteam
15 werden in einem koordinierten Prozess Ideen bewertet, weiterentwickelt und an die
16 IdeengeberInnen zurück kommuniziert.

17 Die Partei garantiert eine Rückmeldung oder politische Bewertung des passenden
18 Parteigremiums der am besten bewerteten Ideen innerhalb von sechs Monaten.

Antragsbereich O – Organisationspolitik

1 Beschluss: O4

2

3 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

4

5 **Wechsel des Landesverbands-Bankkontos**

6

7 Der Landesvorstand der SPD wird gebeten für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit den
8 Mitgliedern der Partei einen Zahlungsverkehr mit Beteiligung der Sparkassen zur prüfen.

Antragsbereich O – Organisationspolitik

1 Beschluss: O5

2

3 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand

4

5 **Benennung einer/eines Mitgliederbeauftragten auf Landesebene**

6

7 Der SPD-Landesvorstand wird aufgefordert, aus seinen Reihen eine/n Mitgliederbeauftragte/n
8 für die SPD Sachsen-Anhalt zu benennen.

1 Beschluss: O11

2

3

Mitgliederentscheid Aufstellung Spitzenkandidat/in (MP-Kandidat/in)

4

5 Der oder die Spitzenkandidat/in zur Landtagswahl wird bei der Kandidatur mehrerer
6 Kandidaten/innen immer durch einen Mitgliederentscheid gemäß §3a Abs. 1 der Satzung des
7 SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt vom 19. September 2015 bestimmt.

1 Beschluss: O12

2
3 Weiterleitung an: SPD-Landesvorstand

4
5 **Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD**

6
7 Wir fordern den SPD-Landesvorstand auf, die folgenden Instrumente für mehr
8 Gleichberechtigung in der Partei zu prüfen, diesen den Gliederungen und Gremien zur
9 Verfügung zu stellen und einen konkreten Plan zu seiner Implementierung vorzulegen.

- 10
11 • Sexismus hat in der SPD keinen Platz. Er muss auf allen Ebenen konsequent erkannt,
12 angesprochen und sanktioniert werden. Daher fordern wir auf allen öffentlichen
13 Veranstaltungen und SPD-Gliederungen die Etablierung eines Awareness-Teams. Dieses
14 dient als Ansprechpartner und unterstützt diskriminierendes und sexistisches Verhalten
15 miteinander zu thematisieren. Umso mehr Mitglieder, die sich im Awareness-Team
16 engagieren, umso mehr Mitmenschen wissen wir um uns, die die Grundgedanken der
17 Antidiskriminierung mit uns teilen.
- 18 • Es geht um Wertschätzung jedes/r einzelnen und der Fähigkeiten, die er/sie mitbringt. Dazu
19 gehören ein persönlicher Umgang auf Augenhöhe, Danke zu sagen und neuen Ideen und
20 Veränderungsvorschlägen offen gegenüberzustehen.
- 21 • Auch neue Parteimitglieder sollen frühzeitig mit interessanten und fordernden Aufgaben
22 betraut werden. Um den Einstieg in die Partei zu erleichtern, steht jedem Neumitglied ein/e
23 feste/r AnsprechpartnerIn (bestenfalls aus dem eigenen Ortsverein) zur Verfügung.
- 24 • Wir müssen auf eine Kommunikation nach innen und außen achten, die Frauen anspricht.
25 Dies beinhaltet, dass Veranstaltungen und Podien selbstverständlich paritätisch besetzt
26 werden. Frauen sollen im Auftritt der Partei als die selbstverständliche Hälfte der Partei
27 wahrgenommen werden, den sie gesellschaftlich betrachtet ausmachen. Frauen müssen in
28 allen Entscheidungsprozessen der Partei berücksichtigt werden.
29 Deshalb soll die Einführung einer Doppelspitze geprüft und ermöglicht werden.
- 30 • Ein vielfältiges und aktives Parteileben wird zunehmend davon abhängen, ob eine bessere
31 Vereinbarkeit von familiären, beruflichen und ehrenamtlichen Engagement gelingt, sowie
32 mit den Beeinträchtigungen die man hat. Es geht darum Sitzungen und Aktionen zu
33 familienfreundlicheren Zeiten stattfinden zu lassen, barrierefreier anzubieten und wo das
34 nicht geht, Engagement zu organisieren, dass auch Mitglieder mit weniger Zeit oder sehr
35 starken Beeinträchtigungen einen sinnvollen Beitrag leisten können. Wo dies möglich ist,
36 muss die Betreuung von Kindern oder generelle Assistenz bei Parteiveranstaltungen und für
37 MandatsträgerInnen sichergestellt, bezahlt und aktiv angeboten werden. Damit in
38 Zusammenhang steht auch, dass Sitzungen in ihrem zeitlichen Verlauf realistisch geplant
39 werden und dies transparent kommuniziert wird. Sitzungen von Gliederungen sollten
40 regelmäßig stattfinden, eine nachvollziehbare Tagesordnung und eine feste Endzeit haben
41 und moderiert werden, so dass gerade weniger sitzungserfahrene Mitglieder und Frauen
42 stärker in Diskussionen einbezogen werden.
- 43 • Zudem fordern wir den Ausbau von Frauenförderprogrammen, um den Anteil von
44 KandidatInnen, MandatsträgerInnen und in Vorständen zu erhöhen.
- 45 • Letzteres kann u.a. durch eine finanzielle Stärkung der ASF-Gruppen in Sachsen-Anhalt
46 erreicht werden. Diese Form der Unterstützung führt zu besserer Öffentlichkeitsarbeit und
47 Veranstaltungen und der Etablierung von Formaten, um neue Mitfrauen zu gewinnen und
48 zu halten.
- 49 • Generell gilt, dass der Einsatz für mehr Barrierefreiheit und Gleichberechtigung innerhalb
50 der SPD Sachsen-Anhalt Frauen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Menschen in höherem
51 Lebensalter, Pflegende, (junge) Eltern und Alleinerziehende eine stete gesellschaftliche
52 Verantwortung unserer Partei sein sollte.
- 53 • Weil wir diese Erwartung haben, müssen wir auch allen, an die wir sie richten, die
54 Möglichkeit geben, sich in den oben genannten Bereichen weiterzubilden. So wird die
55 Übernahme eines Amtes innerhalb der SPD auch gleichsam zur Möglichkeit, sich selbst zu
56 qualifizieren und die erlernten Qualifikationen auch jenseits der SPD zu nutzen. Die

Antragsbereich O – Organisationspolitik

- 1 Parteischule wird deshalb verstärkt Angebote für alle Mandats- und FunktionsträgerInnen
- 2 der SPD machen, die ortsnah und barrierefrei stattfinden. Beispielsweise:
- 3 • Kommunikation und Moderation in der politischen Arbeit vor Ort
- 4 • Inklusive Veranstaltungsorganisation
- 5 • Wertschätzend Kommunizieren
- 6 • Sexismus und Diskriminierung erkennen und bekämpfen
- 7 • Management-Skills für Ortsvereins- und Kreisvorsitzende: So führe ich eine SPD-
- 8 Gliederung

1 Antrag: 11

2

3

Novellierung des KiFöG 2018: Mehr Qualität und Entlastung von Eltern und Fachkräften

4

5 Der Landesparteitag möge beschließen:

6

7 Mit der „kleinen“ Novelle des KiFöG haben wir fristgerecht zum Jahresanfang 2018 die
8 KiFöG-Pauschalen an den gestiegenen Betreuungsumfang und die Tarifierhöhungen
9 angepasst und dadurch die Kommunen in Sachsen-Anhalt bei den Kita-Kosten entlastet.
10 Dies soll auch einem möglichen Anstieg der Elternbeiträge entgegenwirken. Gleichzeitig
11 haben wir das Landesverfassungsurteil zum KiFöG umgesetzt. Damit haben wir
12 wichtige Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umgesetzt.

13

14 Für 2018 haben wir uns vorgenommen, mit einer weiteren Novelle die KiFöG-
15 Finanzierung transparenter zu machen und zentrale Ziele des Koalitionsvertrags
16 umzusetzen: mehr Qualität, Entlastung der Fachkräfte und der Eltern.

17 Unsere Vorschläge zur Umsetzung des Koalitionsvertrags liegen auf dem Tisch. Der SPD-
18 Landesparteitag bekräftigt die von Sozialministerin Petra Grimm-Benne vorgelegten
19 Eckpunkte, die der SPD-Landesvorstand einstimmig bestätigt hat:

20 Erzieherinnen und Erzieher brauchen mehr Zeit, um Kinder bestmöglich zu fördern und
21 das Bildungsprogramm „Bildung elementar“ kindgerecht umsetzen zu können.
22 Perspektivisch müssen Urlaub, Krankheit und Fortbildung bei der Berechnung des
23 Personalschlüssels umfassend berücksichtigt werden. In einem ersten Schritt sollen
24 deshalb pauschal zehn Krankheitstage im Jahr eingerechnet werden. Weitere Schritte
25 müssen folgen. Wir setzen darauf, dass der Bund die Länder hier mit einem
26 Qualitätsgesetz unterstützt.

27

28 Eltern brauchen verbindliche Betreuungszeiten, auch in Randzeiten, um Familie und
29 Beruf vereinbaren zu können, und finanzielle Entlastung bei den Elternbeiträgen. Gerade
30 Geringverdienende, Mehrkindfamilien und Alleinerziehende haben wir dabei im Blick.
31 Unser Ziel ist die Gebührenfreiheit der frühkindlichen Bildung. Dieses Ziel verfolgen wir
32 auch in den Gesprächen zur Bildung einer Bundesregierung. In einem ersten Schritt
33 wollen wir in Sachsen-Anhalt sicherstellen, dass keine Familie mehr als einen Kita-
34 Beitrag zahlen muss. Ab dem zweiten Kind wird der Beitrag vom Land übernommen.
35 Damit sparen Familien bis zu 2.000 Euro im Jahr.

36

37 Um die Kinderbetreuung bestmöglich zu organisieren und die Finanzierung
38 transparenter zu gestalten, sollen Gemeinden und Landkreise künftig noch enger
39 zusammenarbeiten und mit den Trägern der Einrichtungen gemeinsam verhandeln.
40 Eltern sollen vor zu hohen Beiträgen geschützt werden.

41 Sachsen-Anhalt hat eine gute Kinderbetreuung mit starkem Bildungsprogramm,
42 ortsnahen Einrichtungen, einem verbindlichen Ganztagsanspruch für alle Kinder
43 unabhängig von Herkunft und Erwerbssituation der Eltern und relativ langen
44 Öffnungszeiten. Wir wollen dieses System weiter verbessern, und wir werden es gegen
45 alle Versuche der Aushöhlung verteidigen.

46

47 Den Vorschlag der CDU-Fraktion, den Rechtsanspruch auf sechs Stunden zu verkürzen,
48 lehnen wir daher ab. Wer den Rechtsanspruch kürzt, nimmt in Kauf, dass insbesondere
49 Frauen aus der Erwerbstätigkeit verdrängt werden. Wer nur noch 6 Stunden
50 mitfinanziert, wälzt die Kosten der darüber hinaus erforderlichen Betreuungszeit auf
51 Gemeinden und Eltern ab. Am Ende wird das für alle teurer. Für Geringverdienende frisst

- 1 der Elternbeitrag das Einkommen auf. Mit uns wird es ein Zurück zum geteilten
- 2 Rechtsanspruch: Halbtags für Arbeitslose, Ganztags für Erwerbstätige nicht geben.
- 3 Diese Regelung war unfair, bürokratisch und diskriminierend. Das Kindeswohl blieb
- 4 außen vor.
- 5
- 6 Die SPD Sachsen-Anhalt fordert daher die CDU-Fraktion auf, sich von
- 7 rückwärtsgewandten Ansätzen zu lösen, die die Interessen von Kindern und Familien
- 8 ausblenden, aber Vorbehalte gegen arbeitslose Eltern fördern. Der Ganztagsanspruch ist
- 9 mit uns nicht verhandelbar, seine Reduzierung ist im Koalitionsvertrag nicht
- 10 vorgesehen. Wir erwarten von der CDU-Fraktion daher, mit uns gemeinsam im Rahmen
- 11 der KiFöG-Novelle 2018 die Versprechen des Koalitionsvertrags – Entlastung von Eltern,
- 12 Fachkräften und Gemeinden - einzulösen.

1 Antrag: 12

2

3

Solidarität mit Miteinander e.V.

4

5 Der SPD Landesparteitag erklärt sich solidarisch mit dem Verein Miteinander e.V. und seiner
6 Arbeit für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft. Der Kampf gegen Rassismus,
7 Antisemitismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu
8 Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen, ist gerade in der heutigen Zeit notwendiger
9 denn je.

10

11 Wir unterstützen die politische Arbeit des Vereins auch weiterhin und fordern alle
12 demokratischen Akteure im Land auf, dies ebenfalls zu tun.

13

14 Miteinander e.V. hat in der Vergangenheit viele Verstrickungen der AfD in rechte Strukturen
15 aufgedeckt und auf problematische Entwicklungen dieser Akteure aufmerksam gemacht. Damit
16 hat der Verein den Zorn der Rechtsextremen auf sich gezogen.

17

18 Die Versuche der AfD-Landtagsfraktion den Verein Miteinander e.V. einzuschüchtern und dessen
19 Arbeit mit demokratischen Akteuren der Zivilgesellschaft sowie die Unterstützung von Opfern
20 rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt als „Linksextremismus“ zu brandmarken,
21 lehnen wir entschieden ab.

22

23 Dass CDU-Funktionäre im gleichen Atemzug mit der AfD von Miteinander e.V. fordern, bei
24 dessen Engagement gegen Rechtsextremismus mehr „Neutralität“ gegenüber dem
25 parlamentarischen Arm der neuen Rechten und der Rassisten zu zeigen, bezeugt ein mangelndes
26 Verständnis gegenüber den demokratiefeindlichen Bestrebungen der (neuen) Rechten.

1 Antrag: 13

2
3

Große Koalition: nein Danke!

4 Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich, insbesondere unter Berücksichtigung der ersten Ergebnisse
5 der Sondierungen mit CDU und CSU, gegen eine erneute Große Koalition aus. Es gilt daher nun,
6 alternative Lösungen zu finden; wobei Neuwahlen die letzte Option bleiben.

7
8

Begründung:

9

10 Für die SPD in Sachsen-Anhalt gilt, wie auch für die Bundespartei, welche hierfür auf ihrem
11 Bundesparteitag im Dezember 2017 essentielle Ziele bestimmt hat, dass wir einen Beitrag dazu
12 leisten wollen, dass Leben der Menschen in der Bundesrepublik gerechter und damit besser zu
13 machen.

14

15 Die Ablehnung einer erneuten Großen Koalition ist daher kein Selbstzweck, sondern das Resultat
16 einer Überlegung, die sowohl politische, als insbesondere auch inhaltliche Gründe aufweist.

17

18 In Bezug auf die letzte Große Koalition ist dabei unter anderem festzustellen, dass diese bei der
19 Wahl einen Stimmverlust von 13,7 Prozent zu verzeichnen hatte und somit klar abgewählt
20 wurde. Charakteristisch für dieses Bündnis war dabei, dass an ganz vielen Stellen nur kleine
21 Kompromisse möglich waren, sogar manch ein im Koalitionsvertrag verankertes Ziel gar nicht
22 erst durchgesetzt werden konnte. Beispielgebend sei an dieser Stelle an das Recht auf Rückkehr
23 aus Teilzeit erinnert, welches von der CDU/CSU verhindert wurde. Viele für uns wesentliche
24 Ziele, wie die Umverteilung von Vermögen, die vollständige Gleichstellung zwischen den
25 Geschlechtern, die Verbesserung von Bildungschancen oder auch eine Verbesserung in der
26 europäischen Integration konnten mit der Union in keiner Weise zukunftsorientiert umgesetzt
27 werden. Aus Mangel an inhaltlichen Schnittmengen kann hier auch zukünftig keine Besserung
28 erwartet werden, die deutlichen, programmatischen Differenzen lassen diese Perspektive nicht
29 zu.

30

31 Zu beachten ist zudem, dass Große Koalitionen den politischen Populismus und letzten Endes
32 auch den rechten Rand stärken. Eine der wesentlichen Aufgaben der SPD besteht jedoch darin,
33 ihrer mittlerweile seit über 150 Jahren bestehenden Tradition im Kampf gegen Ressentiments,
34 Hass und Menschenfeindlichkeit – gegen Rechts – gerecht zu werden. Dies ist nicht mit einer
35 Fortsetzung der Großen Koalition und dem damit verbundenen Mangel an politisch-
36 demokratischen Wettstreit zwischen den Parteien der politischen Mitte zu erreichen. Die SPD ist
37 dabei gefordert, Verantwortung für die Demokratie zu übernehmen, was jedoch nicht zwingend
38 in Regierungsverantwortung ausgestaltet werden muss.

39

40 Dass die SPD in der Union nicht über eine verlässliche Partnerin verfügen würde, zeigte sich nicht
41 nur im Verlaufe der zurückliegenden Legislatur. Auch ganz aktuell wird dies durch vielfache
42 Beispiele, wie den Glyphosat-Alleingang oder das Durchstechen von vertraulichen
43 Verhandlungsdetails offenbar. Schon einzelne Vertrauensbrüche sind keine Basis für eine
44 gemeinsame Regierung – die Summe der bisherigen macht es jedoch offenbar. Verlässliches
45 Regieren ist mit der Union aktuell nicht möglich.

46

47 Die SPD steht auch in der Verantwortung, die eigene Glaubwürdigkeit zu verbessern. Eine Rolle
48 rückwärts von der Absage an eine Große Koalition, wie sie nicht nur am Wahlabend sondern
49 auch mittels Beschluss des Bundesvorstandes geäußert wurde, ist hiermit unvereinbar.

50

51 Ein genauer Blick auf die bekannten Ergebnisse der Sondierungen zeigt, dass selbst die auf dem
52 Bundesparteitag für diese beschlossenen Ziele nur schwerlich damit in Einklang zu bringen sind.
53 Das Fazit kann daher nicht sein, dass die SPD nun den Schritt in Verhandlungen um eine Koalition
54 gehen kann.

55

Antragsbereich I – Initiativanträge

- 1 Prominent ist dabei sicherlich der Aspekt der Bürgerversicherung. Hierbei handelt es sich jedoch
2 um eine Kernforderung der SPD, die uns auch durch den gemeinsamen Wahlkampf getragen hat
3 und zudem bei den Menschen auf großes Interesse stieß. Auf den 28 Seiten des
4 Sondierungsergebnisses ist hiervon nichts zu lesen, die Union setzt damit ihre
5 Verhinderungstaktik in Bezug auf Gerechtigkeit fort – dies ist nicht akzeptabel.
6
- 7 Beachtet man zum Beispiel die Absage an die Klimaziele, scheint eine Verantwortungsvolle
8 Politik, die auch den Tier-, Umwelt und Klimaschutz in den Fokus nimmt, keine ausreichende
9 Relevanz aufzuweisen.
- 10
- 11 Das Grundrecht auf Asyl und der Schutz der Familie werden durch Begrenzungen
12 gnadenlos eingeschränkt. Das widerspricht eindeutig den Werten und der Beschlusslage der
13 SPD.
- 14
- 15 Auch scheint das Steuerkonzept der SPD, welches die Entlastung von geringen und mittleren
16 Einkommen vorsieht, für die Unionsparteien eher ein Schreckgespenst zu sein. Für uns ist es
17 essentiell und vernünftig, gilt es doch, die Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft abzubauen.
18
- 19 Viel zu oft wurde in der Vergangenheit von der Union das Primat des Marktes als
20 Regelinstrument zitiert. Eine weitere Verschleppung von Energiewende, sozialem
21 Wohnungsbau und Breitbandausbau, um nur einige wenige Punkte zu nennen, kann jedoch
22 nicht der Anspruch der SPD sein. Auch war die Union nie eine Partnerin für respektvolle
23 Gleichstellungs- und Familienpolitik. Die Ehe für Alle war nur gegen sie möglich.
24
- 25 Bereits diese Aspekte, die nur einen Ausschnitt aus den Problemlagen widerspiegeln, führen
26 uns zu dem zwingenden Schluss, dass eine Wiederauflage der Großen Koalition nicht die Lösung
27 für unsere sozialdemokratischen Ziele sein kann und daher abzulehnen ist.